

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,- Goldmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Koll und Feit“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einpaltige Sonntagsbeilage 0,70 Goldmark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: London 292-295
Verlag: London 2506 2507

Sonnabend, den 20. Dezember 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Verkaufsstelle: Berlin SW 36 - Bankhaus, Direktion der Distanz-Vertriebsstelle, Leipzigerstr. 10

Fechenbach, Mühsam und Hitler frei.

Die bayerische Austausch-Amnestie.

München, 19. Dezember (Eigener Drahtbericht.) Amlich wird folgende Meldung verbreitet:

Das Oberste Landesgericht hat die Beschwerde der Staatsanwaltschaft vom 29. September gegen den Beschluß des Landgerichts München I, durch den Hitler und Kriebel Bewährungsfrist bewilligt worden ist, verworfen. Es erhalten also Hitler und Kriebel für die Rest der Strafe Bewährungsfrist. Dagegen wurde vom Obersten Landesgericht der Beschwerde des Staatsanwalts gegen die Bewilligung einer Bewährungsfrist für Dr. Weber stattgegeben. Das Oberste Landesgericht ist nach der Begründung des Beschlusses der Ansicht, daß über die Frage der Bewilligung einer Bewährungsfrist für Dr. Weber erst dann entschieden werden kann wenn nach Abschluß der Voruntersuchung wegen Fortführung des Bundesoberland das Landesgericht Beschluß darüber gefaßt hat, ob gegen Dr. Weber das Hauptverfahren zu eröffnen ist oder ob er außer Verfolgung zu setzen ist.

Vom Staatsministerium der Justiz wurde am Freitag unter Milderung der Strafe die Strafvollziehung gegen Mühsam, Sauber, Karpf und Dikshewsky unterbrochen und ihnen für den Rest der Strafe Bewährungsfrist bewilligt. Es sind das die letzten Festungsgesangenen der Räterepublik, die seit 1919 sich ununterbrochen in Festungshaft befinden.

Ferner ist Fechenbach, Gargas und Lemble Bewährungsfrist für den Rest ihrer gleichfalls gemilderten Strafe bewilligt worden. Bei dieser Begnadigung ging das Justizministerium von dem Standpunkt aus, daß die Schuld der drei Verurteilten nach dem Gutachten des Obersten Landesgerichts einwandfrei feststeht, daß es aber angezeigt sei, die Strafen aus dem Strafgericht in ähnlichen Fällen angewandten Strafmaßen auszuweisen.

Die Befreiung Fechenbachs aus dem Zuchthaus ist ein Sieg des Rechts.

Die Freude an diesem Sieg kann nur wenig dadurch vermindert werden, daß die bayerische Regierung an der Fiktion festhält, sie gewähre einem Schuldigen Gnade. Die Frage nach der Schuld oder Unschuld Fechenbachs ist längst den Rahmen eines strafprozessualen Verfahrens entzünd. Die öffentliche Meinung Deutschlands und der ganzen Welt hat sich mit ihr beschäftigt und hat ihr Urteil gesprochen.

Die bayerische Regierung klammert sich mit formaler Korrektheit an das Gutachten des Obersten Landesgerichts, das an der Schuld Fechenbachs festhält. Diesem Gutachten stehen die Gutachten der berühmtesten Rechtsgelehrten Deutschlands und steht das Urteil des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages gegenüber, der die Geschichte von der Schädigung auswärtiger Reichsinteressen durch Fechenbach in das Reich der Fabel verwies.

Vom Standpunkt des reinen Rechts aus hat Fechenbach einen Anspruch auf Freispruch und Entschädigung für die unschuldig erlittene Strafe. Es steht bei ihm, ob er diesen harten und weiten Weg beschreiten will. Notwendig ist das vom Standpunkt der Politik aus nicht.

Der Fall Fechenbach war von uns in dem Augenblick, als das unerhörte Urteil fiel, mit der französischen Affäre Dreyfus verglichen worden. In beiden Fällen war es zu ungeheuerlichen Fehlsprüchen gekommen, weil an Stelle der Unparteilichkeit, die allein Anspruch auf den Sitz des Richters hat, blinder politischer Fanatismus gegen politische Gegner zu Gericht saß. Zwischen diesen beiden Fällen besteht aber ein großer Unterschied insofern, als es sich im Fall Dreyfus um einen strittigen Tatbestand, im Fall Fechenbach über die strittige Beurteilung des Tatbestandes handelte. Im Fall Dreyfus ging es um die Frage, ob der Angeklagte wirklich gegen Frankreich der deutschen Regierung Spionendienste getan hatte. War diese Behauptung richtig — sie war aber falsch — dann war Dreyfus schuldig. — Fechenbach hat nie bestritten, dem Schweizer Journalisten Panot das Ritter-Telegramm übergeben, und einem Nachrichtenbureau Notizen über rechtsputschistische Vorbereitungen geliefert zu haben — daß man aus diesem zugestandenen Tatbestand einen Landesverrat konstruierte, den man mit 11 Jahren Zuchthaus ahndete, das war die Ungeheuerlichkeit des Urteils.

Fechenbach braucht also kein Wiederaufnahmeverfahren anzufordern, um zu beweisen, daß man ihn einer Tat beschuldigte, die er nicht begangen hat. Die Frage ist: War das, was Fechenbach getan hat, Landesverrat? Diese Frage ist für die zukünftige Rechtsprechung von sehr großer Bedeutung, von ihrer Beantwortung hängt das Schicksal zahlreicher Personen ab, nach denen der Landesverratsparagraph seine kauschkarig verlängerten Arme ausstreckt — für Fechenbach persönlich bedeutet sie nicht mehr viel, da er vor der Öffentlichkeit längst rehabilitiert ist.

Im Fall der Münchener Räterepublikaner handelt es sich um die Milderung von Strafen, deren Härte in keinem Verhältnis steht zu der Behandlung, die bayerische und andere deutsche Rechtsputschisten vor Gericht erfahren haben. Gerade hier drängt sich der Vergleich mit Hitler-Kriebel auf, die im ganzen wenig über ein Jahr eines sehr bequemen Festungsaufenthalts hinter sich haben, während die Mühsam und Genossen über fünf Jahre lang in einem Gefängnis gehalten wurden, das man schönfärbisch als Festung bezeichnete.

Man kann daher den Beschluß des bayerischen Staatsministeriums keineswegs einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit nennen. Fechenbach hat über zwei Jahre im Zuchthaus gefesselt, man entläßt ihn und attestiert ihm dabei noch seine Schuld. Die Rechtsputschisten mußten fünfmal so lang sitzen wie die Rechtsputschisten. Dabei wird man das Gefühl nicht los, daß es der bayerischen Regierung mehr darauf ankam, Hitler freizulassen, als in den Fällen Fechenbach und Mühsam dem Recht Genüge zu tun.

Wenn aber Bayern, das den Mörder Eisners, den Grafen Arco, ohne Kompensationen begnadigt hat, diesmal im Fall Hitler um Kompensationen nicht herumkam, so ist das eine Folge der Aufrüttelung der öffentlichen Meinung zugunsten Fechenbachs und der Befangenen von Niederschönenfeld. Es gibt immerhin Dinge, die zu trag sind, als daß irgendeine Regierung sie noch wagen könnte. Zu diesen Dingen hätte es gehört, wenn die bayerische Regierung Hitler entlassen, Fechenbach und Mühsam aber noch länger im Kerker gelassen hätte.

Adolf Hitler hat für das, was er angerichtet hat, eine lächerlich geringe Strafe erlitten. Aber politisch ist seine Freilassung nicht zu bedauern, denn politisch ist Adolf Hitler keine Gefahr. Die von ihm geleitete Bewegung ist zusammengebrochen, der 7. Dezember hat mit ihr ausgeräumt. Soweit es noch eine rechtsputschistische Gefahr gibt, hat sie ihren Sitz viel weniger in der von Hitler gegründeten „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung“ als im radikalen Flügel der Deutschnationalen und den ihm angeschlossenen rechtsradikalen Verbänden. Und was besonders Bayern betrifft, so ist das schwarzweißrote Dachfeuer gründlich gelöscht, aber der weißblauwe Dedendbrand schmilzt weiter.

Doch ganz abgesehen davon, ob Hitler eine Gefahr ist oder nicht — jedenfalls ist das Gerüde von seiner angeblich geplanten Ausweisung unsug. Hitler ist als Deutscher einige Kilometer hinter der reichsdeutschen Grenze geboren, er ist Angehöriger eines deutschen Volksstammes, dessen Anschluß an das Deutsche Reich erstrebt wird, er hat im deutschen Heer gedient — ihn aus dem Lande zu schaffen, weil seine Papiere nicht in Ordnung sind, wäre ein Polizeipartikularismus übelster Art.

Jagows und Hitlers Entlassung sind eine Mahnung, auf dem Weg der Amnestie nicht stehen zu bleiben. Die Amnestie für verurteilte kommunistische Rechtsputschisten, die wir fordern, ist ein Akt der Gerechtigkeit, denn die Strafen, die über sie verhängt wurden, sind um ein Vielfaches härter als die gegen die wenigen Rechtsputschisten, die dem Arm der Gerechtigkeit nicht entwichen. Die Amnestie ist aber auch ein Akt der politischen Klugheit. Die Kommunisten sind von ihrem Gewaltsiege ebensoweit entfernt wie die „Nationalsozialisten“ Hitlerscher Prägung. Eine Gefahr sind sie wohl für die Arbeiterbewegung, an deren Zerstörung sie arbeiten, eine Gefahr sind sie als der parlamentarische Stoßtrupp zur Förderung der Bürgerbodbestrebungen, aber eine Gefahr für den Bestand des Staates sind sie nicht!

Die Republik wird nicht schwächer, sondern stärker werden, wenn sie das Licht der Gerechtigkeit gleichmäßig über alle scheinen läßt und wenn sie Milde übt, wo sie keinen Anlaß mehr sieht, sich durch Härte zu schützen.

Der Fall Fechenbach.

Am 20. Oktober 1922 wurde Fechenbach vom Münchener Volksgericht wegen angeblichen Landesverrats zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt. Seinen Landesverrat sollte Fechenbach dadurch begangen haben, daß er, der Sekretär des ermordeten Ministerpräsidenten Eisner, im Frühjahr 1919 dem Schweizer Journalisten René Panot ein diplomatisches Schriftstück übergeben und ferner für ein englisches Nachrichtenbureau, „Transatlantic News Transmitter Agency“, Nachrichten über rechtsputschistische Vorbereitungen geliefert hatte. Berliner Vertreter jenes Bureaus war der frühere Wiener Rechtsanwalt Dr. Gargas, ein polnischer Staatsange-

höriger gewesen, der für seine Tätigkeit 12 Jahre Zuchthaus erhielt. Nach Fechenbach hatte ein Journalist Lemble die Münchener Berichterstattung für Gargas übernommen, er erhielt dafür 10 Jahre Zuchthaus.

Das sogenannte Ritter-Telegramm, dessen Auslieferung an Panot Fechenbach mit 10 Jahren Zuchthaus angeordnet wurde, war ein Bericht des bayerischen Befehlshabers beim Vatikan, Ritter, aus der Zeit vor dem Kriegsausbruch und hatte folgenden Wortlaut:

Rom, den 24. Juni 1914.

Ministerium des Aeußern, München.

Papst billigt scharfes Vorgehen Österreichs gegen Serbien und schlägt im Kriegsfall mit Rußland russische und französische Armee nicht hoch ein. Kardinalstaatssekretär hofft ebenfalls, daß Österreich diesmal diesmal durchhält, und wüßte nicht, wann es sonst noch Krieg führen wollte, wenn es nicht einmal eine ausländische Agitation, die zum Mord des Thronfolgers geführt hat und außerdem bei jetziger Konstellation Österreichs Existenz gefährdet, entschlossen ist, mit den Waffen zurückzukehren. Daraus spricht auch die große Angst der Kurie vor dem Paneg. Ritter.

Das Volksgericht, das unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Haß tagte, nahm an, daß durch die Veröffentlichung dieses Telegramms eine Intervention des Papstes zugunsten Deutschlands bei den Friedensverhandlungen verhindert werden sollte und tatsächlich verhindert worden sei.

Diese geradezu unsinnige Annahme ist durch folgendes Gutachten des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages zerstückt worden:

- 1. Daß die Veröffentlichung des sogenannten Ritter-Telegramms auf die Lage des Deutschen Reiches bei den Friedensverhandlungen Einfluß ausgeübt hat, ist nicht kargstell; weder die Friedensdelegation in Versailles noch das Auswärtige Amt in Berlin haben dieser Veröffentlichung Beachtung geschenkt.
2. Durch einen im Frühjahr 1915 abgeschlossenen Vertrag zwischen Italien, England, Frankreich und Rußland war die Kurie von jeder Beteiligung an den Friedensverhandlungen ausgeschlossen. Diese Tatsache wird in der Urteilsverurteilung nicht erwähnt.

Damit war dem Urteil, soweit es sich auf das Ritter-Telegramm bezog, die Grundlage entzogen. Im Fall der Nachrichtenvermittlung über rechtsputschistische Vorbereitungen nahm das Gericht Spionage zugunsten Englands an, obwohl es sich um Nachrichten handelte, die zum größten Teil schon veröffentlicht waren, und um Vorgänge, die sich den Augen keines Beobachters entzogen. Die englische Regierung erklärte, sie habe mit dem Bureau des Dr. Gargas nichts zu tun. Außerdem aber muß man bedenken, daß in der damaligen Zeit Frankreich den Separatismus, der sich hinter den bayerischen Bürgerwehren verbarg, begünstigte, England dagegen ihn bekämpfte. Die Berichterstattung über die rechtsputschistischen Vorbereitungen war eine Taktik im Kampf für die Reichseinheit, sie führte nach der Lage der Dinge eben so nach der englischen Seite wie der bayerische Partikularismus nach der französischen.

Die Bewegung gegen das Fechenbach-Urteil hatte sofort eingesetzt, als es gefällt worden war. Den Sozialdemokraten im Reichstag gelang es, das schon zitierte Gutachten des Auswärtigen Ausschusses zu erzielen und den Fall auch im Reichstag zur Sprache zu bringen. Am 2. Juli v. J. hielt Genosse Dittmann im Reichstag eine aufsehenerregende Rede für Fechenbach. Der bayerische Regierungswartreiter v. Preger erklärte, falls Fechenbach ein Begnadigungsgefuhr einbringe, werde die bayerische Regierung ein Gutachten des Obersten Landesgerichts einfordern. In der folgenden Debatte standen Eminger und der Deutschnationale Strathmann als Verteidiger des Urteils allein.

Die Vorgänge im Reichstag gaben der Bewegung für Fechenbach neuen Antrieb. Es erschienen zahlreiche Schriften und Gutachten berühmter Rechtslehrer, die sich für die Unschuld Fechenbachs einsetzten. Trotzdem schien es, als ob die bayerische Regierung all diesen Stimmen das Ohr verschleife, als ob alles vergeblich wäre!

Es war nicht vergeblich! Fechenbach ist frei!

Die Niederschönenfelder.

Der sinnlose Räterepubliker von München hat nicht nur Bayern die unheilvollsten politischen Folgen zugezogen, er hat auch Tausende von an ihm Beteiligten zu Opfern einer unarmherzigen Justiz gemacht. Wegen Hochverrat und Beihilfe zum Hochverrat wurden 1919 über zweitausend Teilnehmer an der Räterepublik zu Gefängnis, etmo fünfzig zu Zuchthaus und über vierhundert zu Festung verurteilt, ins-e-am zu fünftausend fünfhundert Jahren! Von den Reichsangehörigen 1920 und 1922 wurden die bayerischen Räterepublikaner ausgeschlossen. Ende 1924 befanden sich noch sechs Gefangene in der Festung Niederschönenfeld, darunter Mühsam mit 15 Jahren, Karpf mit 12 Jahren, Sauber mit

12 Jahren und Dischewski mit 7 Jahren. Rühmlich wurde zur Höchststrafe verurteilt, obwohl er vor der zweiten Räterepublik bereits verhaftet war und an der kommunistischen Räterepublik überhaupt keinen Anteil hatte. Sauber hatte weder an der ersten, noch an der zweiten Räterepublik Anteil und erhielt seine 12 Jahre lediglich, weil er vor der Proklamierung der Räterepublik in Unterfranken als Zeuge tätig war. Dischewski war in Augsburg, wie sämtliche Zeitgenossen an der räterepublikanischen Bewegung in Augsburg, von dem Führer der Regierungstruppen Straffreiheit zugesagt. Karpf war ein junger, aktiver Offizier, der vierzehn Tage Adjutantendienste im Kriegsministerium der Räterepublik gemacht hat. Die Angehörigen von Dischewski sind seit Jahren in allerhöchster Not. Rühmlich ist, wie bekannt, durch die Haft an seiner Gesundheit erheblich gefährdet.

Im Zuchthaus befinden sich heute noch die Münchener Geiseln. Die Ermordung von Münchener Geiseln gehört zweifellos zu den schlimmsten Schrecknissen des Bürgerkrieges. Sie erfolgte im Affekt, nachdem bekannt geworden war, daß die Begüter in Perlach 12 für unschuldig gehaltene Familienmitglieder und in Starnberg 45 gefangene Rotgardisten erschossen hatten. Niemand wird Taten, wie den Münchener Geiselmord entschuldigen. Es muß aber daran erinnert werden, daß auf der anderen Seite gleichfalls die schlimmsten Ausschreitungen vorgekommen sind, die keine oder doch nur milde Richter gefunden haben.

Hitler und die völkische Bewegung.

Die Wurzeln des Hitlerputsches.

Die Woge trägt, sie läßt sich nicht regieren! Sie hat den Architekturzeichner, der die soziale Benachteiligung der Zustände der bürgerlichen Gesellschaft fühlte, ohne sie in ihren Ursachen erkennen zu können, hochgetragen. Sie hat ihn zum Führer einer Bewegung gemacht, die emporkam, gipfelte, sich vererbte, und ihn zurückließ, allein mit den geschicktesten Hoffnungen, den zerlegten Illusionen, und vielleicht auch mit dem Joch, der über Berrut dort schreit, wo er nicht vermag, die tiefen Triebkräfte zu erkennen, die ihn ebenso in den Abgrund grenzenloser Enttäuschung warfen, wie sie ihn emportrugen. Die Bewegung hat Hitler geführt, nicht er sie. Er wurde ihr Opponent. Er hat den unbestimmten Allgemeinbegriffen, die sie trugen, ebenso unbestimmte Worte verliehen, hat eine Symbolik geschaffen, an die das Heer aller ihrer sich klammerte, in denen ein unbestimmter Trieb nach anderen Verhältnissen als den Leiden der Nachkriegszeit nicht zu klarer Erkenntnis der wirklichen Lage Deutschlands und seiner politischen Möglichkeiten wurde.

Deutschland war niedergeworfen, der Machttraum, den das alte System geschaffen, war zerbrochen. Hitler gab den Enttäuschten, die der Wahrheit nicht ins Gesicht sehen konnten und wollten, zwar nicht Macht, aber eine Uniform. Ein Symbol, mit dem früher der Begriff der Macht untrennbar verbunden war. Er gab nicht Wern, sagte nicht Auswege. Er konnte es nicht; denn die Bewegung, die ihn trug, ruhte auf geistigen Unterströmungen, die, wenn sie zur Klarheit durchdrangen, in längst beschrittene Bahnen zerranden mußten. Es war ein Fehler, daß die großen Staatsparteien diese Unterströmungen allein ließen, daß sie es nicht verstanden, ihre Wurzeln aufzuklären und sie in gewisse Bahnen zu leiten — zum Ruhm der deutschen Entwicklung. So stießen sie zusammen in einer ungeordneten, innerlich unklaren, durch Schlagwort und äußere Symbolik zusammengehaltenen Bewegung. Der Machtverlust Deutschlands, die schließlichen Beschuldigungsmethoden des Nationalismus, die Tradition aus den Tagen des Kaiserturns, der Verlust an gesellschaftlicher Stellung, den die Intelligenz, welche Schichten des Mittelstandes, die Milieus des alten Systems erlitten, die Verhältnismäßigkeit gegenüber dem wirtschaftlichen Geschehen der Internationalität, die Besonderheit der bayerischen Mentalität nach dem Völkertum in München — hier sind die Wurzeln dieser scheinbar so einheitlichen und doch so verworrenen Bewegung.

Diese Bewegung hatte die größte Befähigung mit der bunt gemischten Masse, die sich spontan in den Straßen sammelt und nach Handlung, nur nach Handlung drängt. Die einzige politische Perspektive dieser Bewegung war die Gewalt. Wie für die Massen auf der Straße gab es nichts anderes für sie: die gewalttätige Aktion um der Aktion willen.

Hitler war der Trommler dieser Bewegung. Er gab ihr militärisches Gepräge. Das hielt sie zusammen, die Uniform, das Wappensymbol. Aber das militärische Gepräge riß sie auch vorwärts. Hitler mußte trommeln, um die Bewegung zusammenzuhalten. Er trommelte sich in die Sadgasse, an deren Ende nichts blieb, als der Putz.

Die Aufforderung zum Hochverrat.

Wer war Hitler? Eine Vorgeschichte, die nichts ungewöhnliches hat. Architekturzeichner, geboren in Linz in Oberösterreich, in München an seiner Ausbildung gearbeitet, im Krieg in einem bayerischen Regiment an der Westfront gedient, schwer verwundet. Seit 1920 in München eine Agitation die mit alten antisemitischen Mitteln, mit sehr schlecht verstandenen Argumenten des populären Sozialismus, und mit den Requisiten des Spießbürgers und Bierbankpolitikers gegen die neue Republik arbeitete. Er oder ein anderer — der Untergrund für solche Agitation war gegeben. Seine Person ist an sich nicht interessant. Wer kennt die namenlosen Führer, die im Laufe der Revolution emporgetragen wurden und namenlos wieder ins Nichts zurückkehrten. Sie waren nicht Führer, sie waren Getragene der Bewegung. So ist es mit Hitler.

Sein Zusammentreffen mit den bewußten Putschisten um Ludendorff, die Einwirkungen des Kapp-Geistes richteten die Bewegung. Sie wurde zur Gefahr für den neuen Staat. Ihre Werbeveranstaltungen, die „Deutschen Tage“, die Paraden, die Aufmärsche, wurden zu Reibungen einer putschistischen Armee. Die machtlustigen, mit dem Gedanken einer nationalen Diktatur spielenden Kreise sehen in dieser Bewegung das geeignete Wappensymbol, das sie emportragen sollte. Die Bewegung wuchs, ihre vermeintlichen Führer wurden immer mehr Geführte. Das innere Geheiß dieser Bewegung zwang Hitler, mit Ernst an die Aktion zu denken. Er hatte der Masse ein Wappensymbol gegeben. Nun wollte sie Wappenanwendung sehen. Wappenanwendung nach außen war eine schöne Illusion. Der Drang nach Aktion richtete sich gegen die Republik, gegen die Reichsregierung, gegen die unbewaffneten Massen des eigenen Volkes. Die Reden Hitlers seit dem Jahre 1922 zeigen, wie er folgerichtig in den Putz hineingezogen wurde.

Rathenaumord! Hitler sprach:

„Wir Nationalsozialisten, die wir nun drei Jahre lang nichts getan haben, als nur gepredigt — beschimpft und beschuldigt von allen, von den einen verpöhtet und verhöhnt, von den anderen verlästert und verleumdet — wir können nicht zurück! Für uns gibt es nur den einzigen geraden Weg.“

Ruhrtum! Hitler stürmt gegen die Republik:

„Es wird der Tag einer anderen Einheitsfront kommen. Doch vorher die Stunde der Abrechnung mit denen, die uns 4½ Jahre lang ihre verbrecherischen Wege geführt haben! Dem äußeren Kampf muß der innere Kampf vorausgehen! Die endgültige Entscheidung zwischen denen, die da sagen: wir sind Deutsche und sind stolz darauf, und den anderen, die nicht deutsch sein wollen oder überhaupt nicht deutsch sind. Unsere Bewegung wird bekämpfen mit dem Ruf: „Die Republik ist in Gefahr!“ Eine Novemberrepublik nämlich? — Jawohl! Die Novemberrepublik ist in Gefahr!“

In den Wochen vor dem Novemberputsch:

„Der Sieg muß unser sein! Doch die Zurechtgewalt ist, bewies Euch der „Deutsche Tag“ in Nürnberg. Was sich heute anbahnt, wird größer sein als der Weltkrieg! Es wird ausgefochten werden auf deutschem Boden für die ganze Welt! Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Wir werden Opferlamm oder Sieger!“

Hitler mußte den Worten Taten folgen lassen. Er konnte nicht länger die Woge auf dem Gipfel halten, ohne daß sie in sich selbst zurückgefallen wäre. Am 8. November machte er, unter der Aufsicht von Ludendorff, seinen Staatsstreich. Das kindliche, Romdienhafte dieses Staatsstreichs ist bekannt. Den großen Worten folgte eine kleine Tat.

Das Verbrechen vom 8. November.

Die Reden Hitlers waren offene Aufforderung zum Hochverrat und zum Bürgerkrieg. Die bayerische Regierung wagte nicht gegen ihn einzuschreiten. Am 8. November abends drang Hitler mit bewaffneter Macht in eine Versammlung ein, die Herr v. Kahr im Bürgerbräukeller abhielt. Er ließ den Saal militärisch besetzen und

bat Kahr, den General v. Lossow und Oberst v. Seißer in ein Nebenzimmer. Nach der Rückkehr in den Saal erklärte Hitler die Reichsregierung für abgesetzt und setzte eine deutsche Nationalregierung ein. Der General Ludendorff, der inzwischen erschienen war, übernahm die Bildung und Führung einer Nationalarmee. Die Haltung von Kahr, Lossow und Seißer war vollständig zweifelhaft. Hitler hielt den Staatsstreich für gelungen. Am Morgen des 9. November marschierte er, mit Ludendorff an der Spitze seiner bewaffneten Kampftruppen, in die Stadt München ein. An der Residenz stellte sich ihm die Landespolizei entgegen und schoß auf die Anmarschierenden. Ludendorff und Hitler warfen sich zu Boden, einige ihrer Anhänger fielen, die übrigen flohen auseinander. Der Putz war zu Ende. Hitler wurde wenige Tage später auf dem Lande verhaftet. Es wurde ihm der Prozeß wegen Hochverrats gemacht.

Der Fall lag vollständig klar. Hitler hatte seit langem zum Sturze der Verfassung und der verfassungsmäßigen Regierung aufgefodert. Er hatte eine bewaffnete Macht gebildet, um die Verfassung zu stürzen. Er hatte mit den Waffen in der Hand die verfassungsmäßige Regierung für abgesetzt erklärt und eine Regierung des Staatsreiches proklamiert. Hitler war des Hochverrats schuldig. Der Prozeß gegen ihn und seine Mitschuldigen dauerte vier Wochen. In diesem Prozeß unternahm Hitler den Versuch, durch sein Auftreten im Prozeß und die Art der Prozeßführung die vom Zusammenbruch bedrohte Bewegung zusammenzuhalten, um so über die durch den vorangegangenen Ausschuss des Putzes entstandene Krise seiner Bewegung hinwegzukommen. Das Münchener Volksgericht ahndete am 1. April 1924 den offenkundigen Hochverrat Hitlers mit fünf Jahren Festungshaft. Fünf Jahre Festungshaft für die Vorbereitung und Führung eines bewaffneten Unternehmens gegen die Verfassung der Republik, das blutige Opfer gefordert hat!

Das Ende der Bewegung.

Während Hitler in der Festung Landsberg seine Festungshaft verbüßte, wurde der Versuch unternommen, die Bewegung, die groß geworden war unter den Symbolen der Gewalt in der Hoffnung auf gewalttätige Aktion, zu einer politisch-parlamentarischen Partei umzugestalten. Im Mai 1924 wirkten die Ursachen, die diese Bewegung hatten groß werden lassen, noch nach. Die völkische Bewegung errang einen unbestreitbaren Wahlerfolg. Sie hatte jedoch ihren Gipfelpunkt am 9. November 1923 bereits überschritten. Eine in militärische Formen gepreßte Bewegung, die nur durch die Symbole der Macht und die Hoffnung auf gewalttätige Aktion zusammengehalten wird, erhält den Todesstoß, wenn in der Aktion die vermeintliche Macht sich als Illusion herausstellt. Die Dezemberwahlen haben gezeigt, daß die völkische Bewegung nicht nur aufgehört hat, eine Gefahr für die Republik zu sein, daß sie vielmehr auch aufgehört hat, eine nennenswerte politische Rolle in Deutschland zu spielen.

Und Hitler? Die Strafe, die ihm von dem Münchener Volksgericht für sein Verbrechen gegen den Staat auferlegt wurde, war milder genug. Er hat von dieser Strafe einen sehr kleinen Teil unter Bedingungen verbüßt, die alles andere denn hart waren. Ernst Toller mußte fünf Jahre in Niederhörsheim unter den quälendsten und unwürdigsten Bedingungen bis zum letzten Tag seiner Festungshaft ausbarren, Hitler war nur wenige Monate in Landsberg. Er findet seine Bewegung nur noch als Trümmerhaufen. Die Welle, die ihn emportrug, ist in sich zusammengefallen. Er wird die Werbung der Bewegung nicht verstehen. Er wird darin Verrot, Niedertracht, persönlichen Schmutz anderer sehen, er wird vielleicht die selbst beschuldigen, die ihn einst zugejubelt haben.

Ein solcher Mann ist keine Gefahr für die Republik mehr.

Münchens Bürgermeisterwahl.

München, 19. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der am 7. Dezember neu gewählte Münchener Stadtrat nahm in seiner heutigen außerordentlichen Sitzung die mit Spannung erwartete Wahl des ersten Bürgermeisters vor. Mit sämtlichen bürgerlichen Stimmen wurde der von der nationalen Volksgemeinschaft präsentierte Stadtrat und Vizebürgermeister Scharnag, der Vorsitzende der Stadtratsfraktion der Bayerischen Volkspartei, ge-

Psychoanalyse und Dichtung.

Von Paul Gutmann.

Die Seelenforschung war in früheren Zeiten des Privileg der Priester. Eine exakte Psychologie gibt es eigentlich erst seit dem vorigen Jahrhundert. Wie im Altertum oder „Elementar“ bekannt waren: Feuer, Wasser, Luft und Erde, so begnügte sich eine spätere primitive Zeit mit den vier sogenannten Temperamenten des Menschen. An das Sexuelle zu rühren galt als sträfliche Vermessenheit. Ebenso ist es noch nicht allzu lange her, daß man Irrenstube in eigens dazu konstruierten Trommeln so lange herumdrehte, bis ihre Erregungszustände beschwichtigt waren, oder daß man sie, wie im Orient, für heilig hielt. Die Dichter wußten über den Wahnsinn viel besser Bescheid als die Ärzte. Lear und Ophelia sind Offenbarungen, die dem denkenden Psychiater noch heute Bewunderung einbringen. Mit dem Neurotiker Hamlet nimmt Schopenhauer die Forschung von Jahrhunderten vorweg. Keist, der seinerzeit um dieses voraus war, gibt in der „Penthesilea“ die überraschende Darstellung eines schließlichen, masochistischen Mannweibs. Da ja die Selbstbeobachtung die Quelle des dichterischen Schöpfers ist, so können von Hölderlin, Novalis, Senau, Leopardi wertvollere Seelenaufschlüsse geben, als die Wissenschaftler ihrer Zeit.

In den letzten Jahrzehnten hat dieses Verhältnis sich gewandelt. Die Psychoanalyse, jenes für das Publikum interessantere und von Verstand am meisten unstrittene Gebiet der neueren Medizin, bietet dem Dichter eine Methode, die seinem eigenen Schaffen die fruchtbarsten Anregungen zu geben vermag. Wie im Altertum der Priester sich mit der Deutung von Träumen befaßte, so unternimmt es jetzt der Arzt, der Psychoanalytiker, aus Träumen oder aus dem traumhaft unbewußten Handeln des Menschen Schlüsse auf dessen Seelenleben zu ziehen. Bekanntlich unterliegen wir alle dem Zwang, der Sittlichkeit und soziale Gemeinschaft auf uns ausüben; nur im Traum oder in triebhaften Zwangshandlungen, die sich schon in hohen Verpöhten äußern können, stoßen unsere unterdrückten Wünsche insweilen an die Oberfläche. Diese Wunschregungen, die naturgemäß häufig geschlechtlicher Natur sind, weiß hier der äußere Zwang am stärksten wirkt, deutet die Psychoanalyse nach der von Professor Freud so genannten und vor ihm zuerst wissenschaftlich ausgebildeten Methode. Aber nicht nur das hat das Leben, auch sein Abbild, die Dichtung wird hiernach in oftmals überraschender Weise entziffert.

Zwar die Dichter der Älteren Generation schienen sich noch gegen diesen vermeintlichen Eingriff in ihre geheiligten Bezirke wehren zu wollen. So schrieb Wilhelm Jensen eine ärgerlich ablehnende Antwort an Professor Siegmund Freud, als ihm dieser eine Studie: „Der Wahn und die Träume“ in W. Jensens „Gradiva“ zugesandt hatte. In der betreffenden Studie, die interessanter ist, als das ihr zugrunde liegende Phantasieprodukt, analysiert Freud in genialer

Weise das Werk Jensens als einen Wunschtraum aufschlußreicher Art. Gottfried Keller in seinem biographischen Roman „Der grüne Heinrich“ und viele andere Dichter, die von der Psychoanalyse noch nichts wußten, haben sich eine oftmals überraschende Deutung gefallen lassen müssen. Daß die Wissenschaft im Ueberreifer ihrer neuen Erfolge vielfach zu weit gegangen ist, vielfach bis an die Grenze des Wäckerlichen, mag zugestanden werden. Die gegenseitige Befruchtung von Wissenschaft und Dichtung ist seither jedenfalls sehr groß. Was Freud, was der Wiener Dr. Alfred Adler, was die Züricher Schule auf psychodynamischem Gebiet geleistet hat, kann der moderne Dichter nicht gleichgültig übersehen. Alles von Adlers Werk „Ueber den nervösen Charakter“ mit seiner Feststellung des „männlichen Protestes“ als Ausdruck seelischer Schwäche fällt ein Licht auf psychische Vorgänge, das viele Personen der Geschichte, der Kriminalistik und des täglichen Umgangs in ganz neuer Charakteristik zeigt.

Ueberblickt man daraufhin die neueste Literatur, so erkennt man, wie tiefgehend bereits der Einfluß der Psychoanalyse auf die dichterische Produktion ist. In Stefan Zweigs „Amor“ heißt es in dem rhythmischen Vorwort: „Tu auf dich, Unterwelt der Leidenschaften“, und jede der fünf Erzählungen ist eine aus der Psychoanalyse hervorgegangene Synthese. In der Novelle „Phantastische Nacht“ wird geschildert, wie der unbedelige Aristokrat und Weltbaron v. R. durch zufällige Erlebnisse am Rande des Kriminalen in einer Nacht, die ihn mit dem Auswurf der Großstadt in Beziehung gebracht, eine Befreiung erfährt, welche tiefste Geheimnisse der Schöpfung ihm erschließt. „Alles empfand ich, als habe es nur für mich allein und mich wieder mit allem strömend verbunden. Alles gehörte mir mit einem Male, seit ich des Rinde um meine Brust zerstoßen, und Freude des Hingebens, des Verschwendens schwellte mich allem zu.“ Die Quellen geheimnisvoller Erois brechen aus dem von der Konvention befreiten Affektüberfließenden hervor. Ein anderes Buch eines modernen Erzählers, „Klingens Leichter Sommer“ von Hermann Hesse erzählt eine Erzählung, die in die tiefsten Tiefen der Menschenseele führt: „Kein und Wagner“. Ein unbedeutender Beamter, namens Klein, erfährt von dem Massenmörder Wagner, der irgendwo in Süddeutschland seine ganze Familie umgebracht und dann Hand an sich selbst gelegt hat. Dieser Wagner, zur fixen Idee geworden, reißt verdoorgene Kräfte in Klein, der Klein verflämmerter Alltagsseele auf und treibt ihn zur Flucht vor der Seinen. „Stand er nicht schon lange zu Wagner in mystischer Beziehung? War es ein Zufall, daß dieser Verflämmerter ebenso hieß wie sein Lieblingstempel?“ Und nun dient eine belanglose Unterredung dazu, den ganzen Komplex seines Seelenlebens umzuwälzen, ihn über die Grenze und schließlich in die Freiheit zu führen. Wie dieser Klein an seiner Gewissensangst zugrunde geht, ist ein Meisterstück der von der Psychoanalyse beeinflussten Dichtung. „Der Märder Wagner, dessen Schatten so breit über Kleins Leben gefallen war, lächelte ihm erst ins Gesicht, und sein Wächeln er-

zählte, daß auch Wagners Tat ein Weg zur Erlösung gewesen war, auch sie ein Aemzug, auch sie ein Symbol, und daß auch Mord und Blut und Schrecklichkeit nicht Dinge sind, welche wahrhaft existieren, sondern nur Wertungen unserer eigenen selbstquälerischen Seele.“

Wer denkt bei der dichterischen Erörterung derartiger Probleme nicht an manchen ebenso grauenhafte wie unverständliche Vorkommnisse der letzten Zeit? Freilich sollten diese dunklen Seelengebiete nur von der ernstlichen Wissenschaft und dem echten Dichter betreten werden. Die Gefahr liegt nahe, daß Unbefugte sich dieses moderne Forschungsgebiet zunutze machen, in der Annahme, daß der interessante Stoff den Mangel an Schöpferkraft übersehen ließe, ebenso wie es genug belanglose Leute gibt, die durch Beschäftigung mit Astrologie, Spiritismus und ähnlichen Dingen sich ein Ansehen zu geben hoffen. In der Kunst ist der Stoff nicht das Maßgebende. Aber aus diesem vertieften Wissen werden zukünftige Dichter noch ungeahnte Anregungen zu schöpfen wissen.

Staatliche Manufakturen an den Kunstgewerbeschulen. Ein praktischer Weg, um die Arbeit der neuerdings so oft angegriffenen staatlichen Kunstgewerbeschulen mit dem gewerblichen Schaffens zu verbinden, wird von Prof. H. H. Schmid von der Münchener Kunstgewerbeschule in dem Sonderheft für typographische Erziehungswissenschaften, das jetzt das Archiv für Buchgewerbe und Gebrauchsgeschichte herausgibt. In den letzten Jahren ist es zu einer selbstverständlichen Voraussetzung für eine gute Kunstgewerbeschule geworden, ihrer graphischen Abteilung eine eigene Druckwerkstätte als Unterbau zu geben. Das erstrebenswerte Ziel wäre es allerdings, wenn man noch einen Schritt weiter ginge und aus dieser Werkstätte eine Staatsmanufaktur machte, in der nur Aufträge der Praxis zur Ausführung kämen und in der der Schüler wie ein Lehrling an Arbeiten der Wirklichkeit beschäftigt würde. Auf diese Weise könnte auch der Staat wieder zu einwandfreien Lösungen für all die vielen Dinge seines graphischen Bedarfs kommen und damit Musterbeispiele für die Allgemeinheit aufstellen, während heute das Gegenteil der Fall ist, weil die staatlichen Behördensammlungen höchst angreifbar sind und nur aus der privaten und Geschäftswelt Anregungen und Hoffnungen kommen. Auch der Entwicklung und Züchtung einer Schulbürokratie müde Einhalt zu geboten, wenn es sich nicht mehr um die Schulmeister mit dem festgelegten Programm und Stundenplänen handelte, sondern um die Bewältigung täglich wechselnder Aufgaben, wie sie das Leben draußen auch bietet, für das doch jeder Schüler erzogen werden soll.

Eine segensreiche Weihnachtsmärkte. Der dänische Postmeister Holbüll hat vor einer schönen Reihe von Jahren seine Idee, eine Postmarke mit weihnachtlichem Charakter für humanitäre Zwecke zu verkaufen, verwirklicht. Nicht nur in Dänemark ist aus dem Erlös der Marke viel Gutes geschaffen worden, sondern auch in Amerika, wo die Weihnachtsmärkte seit 1907 gegen 30 Millionen Dollar eingebracht hat. Ein amerikanischer Verein veranstaltet die Einkünfte aus dem Verkauf der Marke. Er hat 700 Sanatorien errichtet und 12 000 Krankenpfleger ausgebildet, und man führt den Rückgang der Sterblichkeit in den Vereinigten Staaten nicht zuletzt auf die Tätigkeit jenes Vereins zurück, der mit den aus dem Verkauf der Weihnachtsmärkte herrührenden Mitteln arbeitet.

wählt. Er erhielt 82 von 81 Stimmen, während der bisherige erste Bürgermeister, Genosse R. Schmidt, lediglich die 18 sozialdemokratischen Stimmen und die weiteren Stimmen des berufsmäßigen zweiten Bürgermeisters erhielt. Ein kommunistischer Kandidat erhielt fünf Stimmen. Vorher wurde der Antrag der nationalen Wahlgemeinschaft, die aus Bayerischer Volkspartei, Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei besteht, zur Wahl eines berufsmäßigen ersten Bürgermeisters mit 26 gegen 24 Stimmen abgelehnt, ebenso die Wahl eines weiteren dritten Bürgermeisters.

Landtagsvertretung in Sachsen.

Dresden, 19. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Sächsische Landtag verabschiedete am Freitag die Steuerermäßigungs-gesetze, wobei es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der sozialdemokratischen Minderheit, den Kommunisten und den Deutschnationalen einerseits und den sächsischen großen Koalitionsparteien andererseits kam. Besonders die Sprecher der Deutschen Volkspartei wandten sich in schärfster Weise gegen die Deutschnationalen, deren Anträge sie als reine Agitationsanträge bezeichneten. Die Regierungsvorlage, die eine Aufhebung der Mietzinssteuer für die von der Reichseinkommensteuer befreiten Mieter und eine Herabsetzung der Gewerbesteuer und der Arbeitgeberabgabe für eine Steuerquartal um ein Drittel bzw. die Hälfte vorsah, wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Minderheit und der Kommunisten angenommen. Bei der Abstimmung über die deutschnationalen Anträge stimmte auch die Deutsche Volkspartei bemerkenswerterweise gegen die Besteuerung der Konsumvereine. — Verschiedene Anfragen und Anträge der Kommunisten und Deutschnationalen, die die Polizei betreffend, lösten eine lange Polizeidebatte aus, in welcher von beiden der Antragsteller teilweise scharfe Anschuldigungen und Angriffe gegen die Polizei erhoben wurden. Die Regierung war in der Lage, die Angriffe an Hand des vorliegenden Tatsachenmaterials zurückzuweisen und insbesondere die Behauptungen über das Verhalten der Polizei gegen die Kommunisten als unwahr abzutun. Für die durch die Regenperiode im August und September d. J. schwer geschädigten Teile der sächsischen Landwirtschaft stellte der Landtag der Regierung für die Beschaffung von Saatgetreide und Düngemittel einen Kredit von 1 400 000 Goldmark zur Verfügung. Der Landtag vertagte sich dann bis zum 14. Januar 1925.

Der beanstandete Stadtverordnetenbeschluss Die Potsdamer auf dem Kriegspfad.

Bekanntlich hat der Minister des Innern durch den Regierungspräsidenten den Beschluss der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung am 12. Dezember, in dem dem Oberbürgermeister das Vertrauen ausgesprochen wurde, gleichzeitig aber die Begründung eine Zurückweisung des Ministers bedeutete, beanstanden lassen. Diese Beanstandung mußte der Oberbürgermeister, dessenwegen die ganze Rundgebung unternommen wurde, aussprechen und er hat es mit dem Erfolg getan, daß nunmehr die Potsdamer Stadtverordneten zum 23. Dezember zu einer außerordentlichen und nichtöffentlichen Sitzung einberufen sind, in der einzig und allein eine Beschlussfassung zur Beanstandung des Beschlusses vom 12. Dezember erfolgen soll. Die Nichtöffentlichkeit dieser Sitzung ist immerhin bemerkenswert und es scheint, als ob die Potsdamer Stadtväter nun doch einsehen wollen, daß sie bei diesem Vorstoß gegen den Minister ihrerseits ihre Befugnisse überschritten haben und den fängeren ziehen.

Abberufung Tirards?

Paris, 19. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der „Gel de Paris“ will wissen, daß die Abberufung Tirards von dem Posten als französischer Oberkommissar für das Rheinland von der Regierung im Prinzip beschlossen sei und wahrscheinlich unmittelbar nach Neujahr erfolgen werde.

Das Land ohne Schwelgermüßer. Welches junge Liebespaar hätte nicht schon die Gegenwart besorgter Mütter und Tanten von Herzen verwünscht und davon geträumt, sie auf eine Insel wegzuschicken zu können, selbst aber in ungetrübter Freude auf einer Insel der Seligen zu verweilen. Es gibt in der Tat ein Land, in dem dieser Traum Wirklichkeit geworden ist. Zur Bosanquet-Gruppe in der Ebene gehören die kleinen Sim-Sim-Inseln. Auf der größeren von ihnen befinden sich die malerischen Ruinen eines eingestürzten Turms und herrliche Wälder, die Keimere ist flach und jeder Natur-schönheit dar. Auf dieser werden, wie Beatrice Grimshaw in ihren Reiseerzählungen erzählt, alle älteren Leute vom Stamme der Sim-Sim untergebracht, während auf der benachbarten Paradiesinsel das junge Volk sein Heim aufschlägt, bis es selbst wieder zur gealterten Generation gehört und der nachfolgenden den Platz räumen muß.

Adamskostüm für die Tropen? Die Kleidung oder vielmehr Nichtkleidung, die Adam und Eva im Paradies trugen, wird von einem in Indien wirkenden englischen Professor P. F. Tyson allen Weibern dringend empfohlen, die sich in tropischen Ländern aufhalten wollen. Wie er in einem Aufsatz der „Nature“ ausführt, hängt das Wohlbefinden in heißen Ländern in sehr hohem Maße von der Lebensweise und Kleidung ab. Der Indier, der gewöhnlich nur einen Wunderschurz anlegt, ist den klimatischen Bedingungen viel besser angepasst als der Europäer, selbst wenn er die dünnsten weißen Kleidungsstücke anlegt. Frauen leiden noch mehr als Männer in den Tropen, weil sie das Schamgefühl in stärkerem Maße an Entblößung verknüpfen. Nach der Ansicht Tysons wird der Europäer nur dann die Tropen wirklich erfolgreich kolonisieren können, wenn er zu den Anschauungen Adams und Evas zurückkehrt, das Wortteil abwirft, daß die nackte Haut unanständig sei und ganz so wenig befeindet erscheint, wie es die Eingeborenen in den heißen Ländern sind.

Die Volkssoper im Januar. Aus dem Bureau der Volkssoper wird uns geschrieben: Obwohl das Projekt Bringsheim gescheitert ist, werden die Aufführungen nach dem einheitlichen Milieu des gesamten Personals ununterbrochen fortgeführt. Zunächst steht das Theater des Bestens dafür bis zum 29. Januar 1925 zur Verfügung. Spielplan und Besetzung werden in gewohnter Art gehalten; einige Neu-einstudierungen sind im Gange.

Das Schicksal des Deutschen Opernhauses. Die Vollversammlung des Gesamtpersonals des Opernhauses hat von der Konstruktionsfirma, die den Betrieb des Theaters bedient, Kenntnis genommen. Es ist sich bewußt, daß die Weiterführung des Betriebes nur mit Hilfe der Stadt Berlin ermöglicht werden kann. Eine Kommission ist deshalb beauftragt worden, sofort bei den maßgebenden Stellen des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung vorstellig zu werden, um sich über die Möglichkeiten des Weiterbetriebes zu orientieren und um mögliche Maßnahmen auf das Opernhaus bezügl. Personal zu bitten.

Der „Kulturwächter“, die literarische Bildungsgemeinschaft, die vom Allgemeinen Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig, Straßr. 17, herausgegeben wird, beginnt am 1. Januar ihren 2. Jahrgang. Die oben erwähnten 40 Seiten starke Dezember-Kammer behandelt das Buch „Neu eingekleidet in die Ab-feldung „Wäghermarkt“, in der wichtige Bücher lausend besprochen werden. Das Abonnement für 1925 kostet 2,40 M.

Ein sozialdemokratisches Ordenszeichen. Am Rat der Volkskommissare der Ukraine finden Beratungen statt über die Form, die dem Orden der Roten Arbeitsschritte in der Ukraine gegeben werden soll. Dieser Orden bildet gewissermaßen die Jubiläumsgabe zu dem Orden der Roten Fahne. Ueber das Statut des Ordens und die Abzeichen für die Ukraine sollen in nächster Zeit Entscheidungen getroffen werden.

Das Ende der Hege.

Die Rede Landberg's.

F. K. Magdeburg, 19. Dezember. (Eig. Drahtber.) Endlich nähert sich der politische Berleumderprozeß seinem Ende. Soll es ein günstiges Vorzeichen sein, daß heute niemand mehr ernsthaft von den ehrenhaften deutsch-nationalen Zeugen Syrig und Gohert zu sprechen wagt? Daß sogar die Verteidiger erklären, sie legen auf das Zeugnis dieser beiden Ehrenmänner kein Gewicht? So hat es denn bisher bei dem Erentualantrag des Staatsanwalts sein Bewenden, der die Straftaten des Gohert für den Fall vorgelegt haben will, daß das Gericht ernsthaft auf das Zeugnis des Gohert Wert legen sollte.

Der Freitag war ganz den Plädoyers gewidmet, die sich in diesem auf politische Vorgänge gegründeten Prozeß natürlich bald zur politischen Rede ausweiteten. Als erster sprach der Generalstaatsanwalt Storp aus Celle, der erst sehr spät an Stelle seines angeblich erkrankten Kollegen vom Raumburger Oberlandesgericht die Vertretung in der Anklage übernommen hat. Der Anklagevertreter sprach nicht sehr wirksam, in der Form aber doch mit guter Einführung in die ihm fremden politischen Zusammenhänge. Sein Strafantrag ist sehr mild, wenn man ihn vergleicht mit den Strafen, die früher gegen sozialdemokratische Redakteure wegen Beleidigung eines Richtwärters verhängt wurden. Aber der Staatsanwalt ist der Auffassung, daß der Angeklagte, der bei Kriegsausbruch 15 und bei Kriegsende 19 Jahre alt war, nicht in der Lage sei, die Dinge richtig zu beurteilen, die dem Prozeß zugrunde liegen. Er hält den Angeklagten für ein Werkzeug anderer, aber zur Abschreckung müsse er doch Gefängnisstrafe beantragen.

In einer passenden, scharf pointierten und sprachlich formvollendeten Rede schilderte dann Rechtsanwalt Landberg, der als Volksbeauftragter und Reichsjustizminister dem Reichspräsidenten jahrelang nahegestanden, das Wirken Eberts und der Sozialdemokratie während des Krieges und nach dem Zusammenbruch. Unter völliger Verkennung der Hilfsmittel eines forensischen Routineiers gestaltete Landberg sein Plädoyer zu einer rhetorischen Höchstleistung, die während zweier Stunden das Gericht und das Publikum in Spannung hielt. Aber diese Rede schloß mit einer schweren Anklage gegen das Treiben jener „Deutscher“, die jetzt die Berleumdungskampagne inszeniert haben. Man hätte es nach dem Kriegserleben nicht für möglich gehalten, daß die Scheidung in „national“ und „antinational“, in „vaterländisch“ und „vaterlandslos“ wieder ausleben könnte und zum Gegenstand eines erbärmlichen Parteikampfes gemacht würde. Aber dieser Prozeß mit seinem riesigen Zeugenangebot sei nur ein Auskultus aus einer Serie von Unternehmungen, die von denen, die sich für besondere Patrioten halten, gegen den verfassungsmäßigen Repräsentanten des Reiches veranstaltet werden. Das Schöffengericht, sagte Landberg, hat die Aufgabe, sich als Strafsenat des Reichsgerichts zu etablieren und als solcher Feststellungen darüber zu treffen, ob der frühere Abgeordnete Ebert „Vandesperr“ begangen habe. Eine ungewöhnliche und ungewöhnlich schwere Aufgabe, die an den Willen und die Fähigkeit zur Objektivität der Richter harte Anforderungen stelle.

Die Verteidiger fielen nach dieser rednerischen Leistung vollkommener ab. Nicht nur in rhetorischer Hinsicht, auch in juristischer. Man kann ein guter Jurist sein, ohne die Vorteile der Rednergabe zu besitzen. Und man kann doch wirken, wenn man eine gute Sache zu vertreten hat. Aber daran hapert es hier. Jeder der beiden Verteidiger verlas seine umfangreiche Niederschrift, die in ewigem Kreislauf immer dieselben Fikate abwandelte, ein Ragout aus Kloth, Briesberg, Hofmeyer und Richard Müller darstellte und schließlich in dem Satz gipfelte, der Reichspräsident sei doch ein Landesverräter und deshalb müsse der kleine Redakteur aus Staffort freigesprochen werden.

Staatsanwaltschaftsrat D o h m a n n erwiderte in knapper, aber wirkungsvoller Darlegung auf diese Verzerrung des Gesamtbildes. Er machte darauf aufmerksam, daß der Wahrheitsbeweis nur als erbracht angesehen werden dürfe, wenn dem Reichspräsidenten nachgewiesen würde, er habe vor s ä h l i c h der Kriegsmacht des Reiches Nachteile zugefügt. Bei der unbeeirrten Haltung der Sozialdemokratie und ihres Vorsitzenden Ebert während des ganzen Krieges sei es absurd, anzunehmen, daß derselbe Ebert plötzlich beim Munitionstreit vorzüglich die Kriegsmacht habe benachteiligen wollen. Deshalb sei der Wahrheitsbeweis für diese Behauptung nicht geführt und nicht zu führen. Das müsse durch Urteil festgestellt werden.

Um 7 1/2 Uhr abends wurde die Verhandlung abgebrochen und auf Sonnabend vertagt. Dann wird Rechtsanwalt Heine für den Nebenkläger auf die Rede der Verteidiger antworten.

Im Spiegel des Auslandes.

„Verächtliche Elemente“.

Amsterdam, 19. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das „Allgemeine Handelsblatt“, dessen antisozialistische Tendenzen bekannt sind, schreibt im Zusammenhang mit einer Beurteilung des Ebert-Prozesses über den deutschen Reichspräsidenten:

„Der erste Präsident der Deutschen Republik ist ein Mann, vor dem man den Hut abziehen kann. Man muß bedenken, in welcher einem Chaos dieser Mann aus dem Bolle zur Regierung gelangte. Lange Zeit war er seines Lebens nicht sicher. Die Bourgeoisie versuchte, ihn durch Spott und Hohn unschädlich zu machen. Hunderte gemeiner Anekdoten, in denen er und seine Familie als Kriegsgewinnler dargestellt wurden, konnten von einer korrupten Presse über ihn verbreitet werden. Dieser Sozialdemokrat blieb seiner Pflicht treu, der „deklarationslose Befehl“, wie der nach den Niederlanden desertierte Exkaiser die deutschen Sozialdemokraten früher bezeichnete, war und ist ein leuchtendes Vorbild für alle Patrioten. Der Ebert-Prozeß ist kennzeichnend für das türkische Gehen der nationalsozialistischen Ehrabschneider, den Reichspräsidenten auf jede Weise unmöglich zu machen. Die Welle, wie gegen Ebert agitiert wurde, ist eine Schmach und Schande für die Redystrafe. Was hat der Ebert-Prozeß gelehrt: daß Ebert ein besserer Patriot ist als die zehntausende Schreier in den Redystrafen, ein besserer Patriot als der nach Holland desertierte Exkaiser, als der Kronprinz und als Ludendorff. Alle ausländischen Menschen außerhalb und innerhalb der deutschen Grenzen hat Ebert fünf Jahren von seiner Reichthoffenheit und seiner vorbildlichen Vaterlandsliebe überzeugt. Der Ebert-Prozeß hat gezeigt, wie verächtliche Elemente sich unter den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten befinden. Und diese Leute glauben, daß das Ausland ihnen Vertrauen entgegenbringen würde, wenn ihnen die Fäden der von ihnen so sehr geliebten deutschen Republik übergeben würden. Das ist allerhand!“

Das Unterhaus hat sich gestern bis zum 10. Februar vertagt.

Das Kompromiß um die Räumung Kölns.

Paris, 19. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Von den alliierten Regierungen wird in offiziellen und halbamtlichen Erklärungen immer wieder versichert, daß in der Frage der Räumung der Kölner Zone zum 10. Januar 1925 eine Entscheidung nicht gefallen sei. Das mag formal richtig sein, tatsächlich kann aber heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Kölner Zone zu dem im Friedensvertrag festgesetzten Termin nicht geräumt werden wird. Die Gründe dafür sind ausschließlich militärischer Natur. Die französischen Besatzungstruppen an der Ruhr würden völlig isoliert und von jeder Verbindung mit der Heimat abgeschnitten sein, sobald das Kölner Gebiet von der britischen Armee geräumt werden wird. Die darüber zwischen London und Paris geführten Verhandlungen scheinen sich mehr und mehr dem bereits früher in Aussicht genommenen Kompromiß zu nähern, daß England den Aufenthalt seiner Truppen in der Kölner Zone um etwa 3 Monate verlängert und Frankreich die Räumung der Ruhr um ebenfalls 3 Monate vorverlegt, so daß die Räumung beider Zonen gemeinsam Ende April erfolgen könnte. Das wäre ein Kompromiß, mit dem man sich schließlich auch in Deutschland abfinden könnte, oder die Voraussetzung wäre, daß man darüber mit der deutschen Regierung loyal verhandelt und nicht dafür das angeblich unbefriedigende Resultat der internationalen Militärkontrolle vorzuschützen.

London, 19. Dezember. (WTB.) Zu der Frage des Datums der Räumung der Kölner Zone erzählt Reuters: Die Angelegenheit ist bekanntlich schon in Rom erörtert worden. Vermutlich wird an dem vom Versailler Vertrag festgesetzten Datum im Januar der deutschen Regierung irgendeine Mitteilung gemacht werden müssen. Die Verzögerung des Berichts der Militärkontrollkommission ist anscheinend zum Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß vom Zeitpunkt der Befehle des Ruhrgebietes an bis etwa zum September, wo der Dawes-Plan zu laufen begann, keine Kontrolle vorhanden war.

Sitzung des Transferkomitees.

Paris, 19. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Agent für die Reparationszahlungen Gilbert, der zu Besprechungen der Reparationskommission sich mehrere Tage in Paris aufgehalten hat, reist am Freitagabend nach Berlin zurück. Die Besprechungen Gilberts haben in der Hauptsache der Frage der Berechnung der von England und Frankreich aus der Erhebung der Exportabgabe erzielten Einnahme gegolten. Eine Entscheidung ist darüber nicht gefallen, da die Frage der Zuständigkeit den alliierten Regierungen selbst unterliegt. Sie wird voraussichtlich bei der Tagesordnung der am 6. Januar beginnenden internationalen Finanzkonferenz gestellt werden.

Das Berliner Bureau des Generalagenten für Reparationszahlungen veröffentlicht folgendes Kommuniqué: Das Transferkomitee hielt am 18. Dezember in Paris seine ordentliche Monats-sitzung ab. Das Komitee beschäftigte sich mit verschiedenen laufenden Angelegenheiten und ergriff weitere Maßnahmen zur Vervollständigung seiner Organisation. Es wurde fernerhin die Frage des Reparations Record Act erörtert und in dieser Angelegenheit ein durchaus zufriedenstellender Fortschritt erzielt.

Oeffentliche Präsidentenwahl beschlossen.

Paris, 19. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat am Freitag mit der Beratung der Gesetzesvorlage über die Einführung des öffentlichen Wahlganges bei der Wahl des Kammerpräsidenten begonnen. Der Kommissionsbericht führt zur Begründung dieser Vorlage u. a. an, daß die Oeffentlichkeit das wesentlichste Kennzeichen der Ausübung des Abgeordnetenmandats sei. „Daraus erklärt sich“, heißt es dann weiter, „das absolute Prinzip der Oeffentlichkeit bei den Sitzungen der Parlamente, das den Wählern es erlaube soll, den Inhalt der Beratungen kennen zu lernen. Der Krieg allein konnte hier zu gewissen Ausnahmestimmungen Anlaß geben. Auch der öffentliche Wahlgang ist heutzutage allgemein eingeführt, da nur er es den Wählern erlaubt, die Art und Weise zu kontrollieren, in der die Abgeordneten ihr Mandat ausüben.“

Nachdem die Opposition versucht hatte, die Angelegenheit zu vertagen, was mit 318 gegen 235 Stimmen abgelehnt wurde, trat die Kammer in die Beratung des Antrages ein, den der ehemalige Unterrichtsminister Léon Bérard scharf bekämpft, während der radikale Abgeordnete André Hesse ihn unterstützt. Die Wahl des Kammerpräsidenten, sagte er, bedeute für die Parteien ein sichtbares Zeichen ihrer Doktrin. Während der Sprecher des englischen Unterhauses niemals vom König befragt werde, spiele der Präsident der französischen Kammer bei Regierungskrisen eine große Rolle. Der Antrag, die Wahl des Kammerpräsidenten in Zukunft in öffentlicher Abstimmung vorzunehmen und die Namen der Abstimmenden durch Anschlag zu veröffentlichen, wurde mit 237 gegen 179 Stimmen in öffentlicher Abstimmung angenommen.

Türkei gegen Moskau.

London, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der türkische Außenminister hat dem Sowjetland den Beweis vorgelegt, daß von Russland aus mit Hilfe der Angestellten der Sowjetland-schaft und der Handelsvertretung eine sehr lebhaft propagandistische Propaganda in der Türkei und in den Nachbarländern betrieben werde. Der Minister hat gedroht, daß er erst, den größten Teil des diplomatischen Personals der Sowjetregierung in Konstantinopel ausweisen werde. Auch die Wege der bolschewistischen Propaganda in Ägypten und in Syrien führen über Konstantinopel, und in den vergangenen Wochen sind größere Sendungen gefälschter Dollar- und Pfundscheine aus Moskau über Konstantinopel nach Syrien, Griechenland und Marseille gebracht worden. Diese Fälschungen sind im Gepäck der russischen diplomatischen Kuriers nach Konstantinopel gelangt.

Ryflow gegen Hughes.

Wir pfeifen auf Amerikageld, da wird nicht kriegen.

Riga, 19. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Führer der Sowjetregierung Ryflow hat in einer Rede über die Kreditbedürfnisse der Landwirtschaft Russlands einen scharfen Angriff auf die Politik des amerikanischen Staatssekretärs Hughes gerichtet. Er sagte, daß Amerika die Wiederherstellung des heiligen Eigentums in Russland wüßte. Damit meine es die Rückkehr der Grundbesitzer und der Bankiers. Amerika habe riesige Geldmittel und könne Russland mit Leichtigkeit Kredite geben. Aber die Regierung wolle das nicht, weil sie mit der Sowjetverfassung nicht einverstanden sei. Die russischen Bauern würden aber lieber auf die amerikanischen Kredite verzichten als ihre lebenswichtigen Rechte am Grund und Boden aufgeben. Diese Interessen gäben die Sicherheit, daß die russische Bauernschaft auch in Zukunft die Politik der Sowjetregierung unterstützen werde.

Herriots Zustand verbessert. Die Besserung im Befinden Herriots macht befriedigende Fortschritte. Der Ministerpräsident war am Freitagmorgen in der Lage, von seinem Bett aus einem Kabinettsrat zu präsidieren.

Gewerkschaftsbewegung

Innungskassenmitglieder Achtung!

Uns wird geschrieben:

Ein Rest des mittelalterlichen Zunftwesens, der noch in unsere Zeit hineinragt, sind die Innungskassen. Als der Gesetzgeber vor 1914 an die Reform der Sozialversicherung heranging, war wohl die Erkenntnis da, daß nur Versicherungsträger, die alle Berufe umfassen, wirklich leistungsfähig sind und dem Grundgedanken der Solidarität aller Berufstätigen Rechnung tragen. Der Widerstand reaktionärer Kreise hat aber in der Krankenversicherung die Durchführung dieses Grundgedankes verhindert.

Das Erkenntnis, daß die Krankenkassen für die Versicherten da sind, scheint sich bei den Handwerksmeistern noch nicht durchzusetzen zu haben. Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Innungskassenverbandes wurde beschlossen, daß die Mittel, die bei den Innungskassen für die Krankenkassen zur Verfügung stehen, den kreditbedürftigen Handwerkern zugeführt werden, angeblich, weil die Mittel auch aus diesen Kreisen geflossen seien. Keine Rede davon, daß die Versicherten zu zwei Dritteln, also zum größeren Teile, die Krankenkassen aufbringen, kein Wort darüber, wie man die Leistungen an die Versicherten verbessern könnte. Nun ist die Sache nicht so ganz einfach; denn die Mittel der Krankenkassen sind mündelhaftig anzulegen. Aber der Innungskassenverband weiß Rat. In einem streng vertraulichen Rundschreiben an seine Kassen vom 17. November d. J. heißt es:

„Es ist also entweder ein Bankinstitut zu schaffen, oder mit einem solchen eine Vereinbarung zu treffen, in welcher Weise die eingehenden Mittel verwaltet, ausgegeben und wieder zurückgezahlt werden oder je nach Anweisung des Eigentümers zu verwenden sind. Die Schaffung einer eigenen Bank erscheint zunächst als ausgeschlossen, weil dazu ein ausreichendes Garantiekapital vorhanden sein muß. Es bleibt also nur der Weg der Zusammenarbeit mit irgendeiner sicheren, gut fundierten Bank. Häufiger haben die Krankenkassen selbst den Versuch gemacht, ihre verfügbaren Betriebsmittel anders als in früherer Zeit anzulegen, indem sie direkt an die Arbeitgeber Geld ausgeliehen haben, entweder gegen Verpfändung von Waren, Herabgabe von Rechnungen und auf andere sichere Unterlagen. Derartige Geschäfte sind den Krankenkassen aber unterlagert, während die Bank, bei welcher die Krankenkasse ihr Geld angelegt hat, in der Ausleihe von Darlehen nicht gehindert ist. Bevor wir der Verantwortlichkeit des Gedanken ernstlich näher treten, ist es für uns notwendig, zu wissen, in welchem Umfang ungefähre Geldmittel für diesen Zweck zur Verfügung stehen werden. Wir bitten daher die angeschlossenen Kassen, uns mit einer selbstverständlich unverbindlichen Erklärung darüber versehen zu wollen, ob sie geneigt sind, diejenigen Betriebsmittel, welche sie gewohnt sind, vorübergehend bei irgendeiner Bank oder Sparkasse einzuzahlen, der von uns für den genannten Zweck genommene Bank zu überweisen und in welcher Höhe eine solche Anlage zurzeit erfolgen könnte, wenn wir den Fall annehmen, daß die Einrichtung in kürzester Frist ins Leben treten würde.“

Das ist teilweise keine Weisung, wenigstens nicht nach Meinung des Innungskassenverbandes. Und der Zweck der Werbung? Da heißt es an anderer Stelle in dem Rundschreiben:

„Während für die Krankenkassen nur die einzige Änderung eintreten würde, daß sie statt der bisherigen eine andere Bank für die Verwaltung ihrer Gelder in Anspruch nehmen, würden auf der anderen Seite für diejenigen, welche die Beiträge aufgebracht haben und die zur Befehung ihres Geschäftsbetriebes eigener Mittel bedürfen, außerordentlich segensreiche Wirkungen erzielt und ferner dem Gedanken der weiteren Ausdehnung der Innungskassen eine nicht zu unterschätzende Anregung gegeben werden.“

Also nicht nur, daß wir diese mittelalterlichen Zunftreste in der Sozialversicherung mit uns weiter herumschleppen, sondern man möchte sie nach vermehren, zur höheren Ehre des Handwerks und des Innungskassenverbandes. Das Interesse der Versicherten kommt offenbar erst hinterher. Sie dürfen von diesen Plänen auch nichts erfahren; denn sonst würden sie dem Spul schnellstens ein Ende machen. Das weiß auch der Innungskassenverband sehr genau; denn am Schluß des Rundschreibens bemerkt er:

„Zum Schluß möchten wir noch die Bitte aussprechen, in der Öffentlichkeit zunächst nichts über diesen Plan zu verlauten zu lassen, da bereits infolge des durch die Presse gegebenen Beschlusses der Lübecker Tagung in der gegnerischen Presse recht gefährliche und die Versicherten aufreizende Bemerkungen hierzu gemacht worden sind.“

Versicherte, seit auf der Hut! Eure Krankenkassenbeiträge sind nicht dazu da, „solledenden“ Handwerkern zu helfen, sondern sie sollen Euch und Eurer Familie über die schlimmste Not in Krankheitsfällen hinweghelfen.

An der Einheitsfront vorbei.

In der gestrigen Abendausgabe schiederten wir bereits die Durchreise der englischen Gewerkschaftsdelegation für Rußland durch Berlin. Die Kommunisten für ihre Zwecke auszunutzen konnten. Weder der Vorstand des ADGB, noch die Berliner Gewerkschaften waren davon unterrichtet, wann die Delegation der englischen Gewerkschaften in Berlin ankommen und weiterreisen würde. Von Moskau aus war dies lediglich der A.D. Zentrale gemeldet worden, so daß diese ihre Vorbereitungen treffen und durch ihren Verbindungsstellen jede irgendwie mögliche Berührung zwischen den englischen und den deutschen Gewerkschaften verhindern konnte. Die Engländer mußten geglaubt haben, daß die Leute, die die Delegation

auf dem Bahnhof begrüßten, Vertreter und Funktionäre der Berliner Gewerkschaften waren, sonst hätte Purcell die wenigen Worte, die er sprach, nicht in erster Linie an die „German Trade Unionists“ adressiert. Die Engländer sind einer Täuschung zum Opfer gefallen. Was sich vor ihnen abspielte, war eine rein politische Aktion der Berliner Kommunisten, mit der die Gewerkschaften nicht das geringste zu tun haben. Die Gewerkschaften lehnen es natürlich auch ab, sich für den Verkehr mit den englischen Gewerkschaften der „Roten Fahne“ als Briefträger zu bedienen. Nachdem sich die englischen Gewerkschaften durch ihre Delegation über die Verhältnisse in Rußland informiert haben, werden

Ausstellung im Gewerkschaftshaus

Täglich von 2 bis 8 Uhr

Die nicht umhin können, sich auch einmal über die Verhältnisse in Deutschland zu informieren; bei den deutschen Gewerkschaften, um nicht weiterhin dem Irrtum zu verfallen, als habe die kommunistische Partei die deutschen Gewerkschaften bereits „erobert“.

Bankfeiertag oder Arbeitstag am 27. Dezember?

Der Reichsverband der Bankleitungen hat die Forderung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten, den 27. Dezember als Bankfeiertag zu erklären, abgelehnt. Der Reichsverband hat, wie wir erfahren, seine Stellungnahme damit begründet, daß Handel und Industrie gegen die Bankfeiertage überhaupt scharf protestiert hätten. Demgegenüber weist der Verband der Bankangestellten darauf hin, die Protestler schloßen ihre Betriebe am 27. Dezember. In den Bodengeschäften werde erst nach Geschäftsschluß Kasse gemacht, so daß am 27. eine Einzahlung bei den Banken nicht mehr in Frage komme.

Die staatlichen Behörden behandeln den 27. Dezember als Sonntag und das gleiche um Teile des Großhandels und der Industrie. Der Verband der Bankangestellten hat deshalb seinen Antrag, den 27. Dezember zum Bankfeiertag zu erklären, erneuert. Hoffentlich läßt sich der Reichsverband der Bankleitungen eines Besseren belehren.

Unternehmerwittfür.

Der Firma Siemens-Schuckert wurde auf ihr Verlangen beim Arbeitsnachweis ein Schlichter zugewiesen. Derselbe begab sich sogleich nach der Fabrik, verhandelte mit dem Meister über den Lohn, erhielt einen Zettel mit dem Stempel „definitio eingestellt“, und der Meister sagte ihm, er solle am folgenden Tage anfragen. Als der Schlichter am Morgen des nächsten Tages arbeitsschweigend erschien, bekam er den Bescheid, er könne nicht eingestellt werden. Die Frage des Schlichters, warum er heute zurückgewiesen werde, nachdem er gestern eingestellt worden sei, wurde mit Aufseher beantwortet. Weder der Meister noch andere Betriebsbeamte konnten den Grund der Abweisung angeben. Es müßte doch irgend etwas gegen ihn vorliegen, heißt es. So stand also der Mann, der am vorhergehenden Tage „definitio eingestellt“ war, wieder auf der Straße. Er hatte durch die Schuld von Siemens-Schuckert einen Tag verloren, den er mit 6 M. bezahlt verlangen wollte. Aber die Betriebsfirma weigerte sich, zu zahlen. Sie ließ es wegen der Lappalie von 6 M. auf eine Klage beim Gewerbegericht ankommen. Dagegen dos Gericht die Forderung des Klägers als berechtigt anerkannte, lehnte der Vertreter der Firma einen Vergleich „aus Prinzip“ ab. Er berief sich darauf, daß die Firma, auch wenn der Kläger eingestellt worden sein sollte, laut Arbeitsordnung des Recht habe, ihn jederzeit zu entlassen. Das Gericht hielt diesen Einwand nicht für stichhaltig und verurteilte die Firma, dem Kläger 6 M. zu zahlen und die Prozeßkosten zu tragen.

Anschließend handelt es sich hier um die bei den Großbetrieben der Metallindustrie herrschende Gepflogenheit, sich bei dem Abrechnungsbureau ihres Verbandes über jeden einzustellenden Arbeiter zu erkundigen. Die Rücksichtslosigkeit, einem Arbeitslosen erst Arbeit zuzufindern und ihn dann wegen einer unglücklichen Auskunft, von der er gar nichts erfuhr, wieder auf die Straße zu weisen, ist mit 6 M. viel zu gering bezahlt.

„Verhältnismahl“.

Die Neuwahlen zu den Ortsverbänden der Gewerkschaften stehen vor der Tür. Die Kommunisten, die deutlich voraussehen, daß bei diesen Wahlen ihre Radikalitäten zusammenschmelzen wie der Schnee in der Märzsonne, haben deshalb plötzlich entdeckt, wie warm ihr Herz für die proletarische Demokratie schlägt. Die Terroristen, Knüttelbesitzer und Anbeter der Diktatur rufen nach der Verhältnismahl und verlangen Berücksichtigung ihrer Wisten. Dieser Schrei nach der Verhältnismahl wurde von der Schölen-Zentrale befohlen, um wenigstens noch etwas Einfluss zu retten, damit auch künftig in den Ortsverbänden herumgesteuert werden kann.

Umsonst — das Klärtchen hat sich gewandt. Aus einer ganzen Anzahl von Verbänden wird jetzt bekannt, daß unter den Gewerkschaftsmitgliedern gegenüber dem Gebaren der Kommunisten, die nur die positive Gewerkschaftsarbeit führen und überall, wo immer sie auch zur Macht kamen, gezeigt haben, daß auch sie nur mit Wasser, ja nicht einmal mit Wasser kochen können, eine erhebliche Ernüchterung eingetreten ist. So bringen die Kommunisten beim Buchdruckerverband in Halle, der bisher von den Rostowern rücksichtslos terrorisiert worden war, heute nur noch einen Bruchteil der Gewerkschaftsleiter auf ihre Seite. Die letzte Verammlung des Verbandes lehnte die Verhältnismahlanträge der Kommunisten trotz ihres Auf- und Wehgeschreies ab. Die Kommunisten vereinigten nur wenige Stimmen auf ihre Listen. Ihre Rolle im Buchdruckerverband ist ausgespielt. In der Metallarbeiterorganisation wird es ihnen ebenso ergehen. Da haben sie z. B. im Industrieort Thale (Harz) ein ganzes Jahr lang den Verband, gegen den Befehlen der Rostowier, maß-

trätet. Ihr Hauptstiel und Einpfeißer war ein Jüngling namens Hücker ohne Kenntnisse und Erfahrungen, der bereits in Halle die Geschäfte der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes durcheinandergebracht hatte. In Thale brachten nun die Kommunisten bei der Generalsammlung trotz ihres Wutgebrülls nur ein Sechstel der Gesamtstimmen auf.

Die Metallarbeiter und die Arbeiter überhaupt sollten sich an diesen Ergebnissen ein Beispiel nehmen und dafür sorgen, daß bei den kommenden „schweren Kämpfen“ Leute an der Spitze stehen, die ein Herz für die Arbeiter, aber auch einen klaren Kopf und Erfahrungen besitzen. Solche zuverlässige Führer werden die Arbeiter bei den Kommunisten nie finden.

Weimar, 19. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Wahlen zu den Ortsverbänden des Deutschen Metallarbeiterverbandes erlitten die Kommunisten erhebliche Niederlagen. In Arnstadt gelang es ihnen trotz verzweifelter Anstrengungen nicht, die Mehrheit zu erringen. Sie erhielten nur 106 Stimmen, die Liste der Amsterdamer Richtung dagegen 145 Stimmen. Während sie in der alten Ortsverwaltung von 7 Sitzen 6 innehalten, gehen sie in der neuen Ortsverwaltung leer aus. In Jena verloren die Kommunisten sämtliche bisherigen Sitze. Kaum ein Viertel der abgegebenen Stimmen entfiel auf die Kommunisten. Bedächtig in Weimar gelang es ihnen mit einer Mehrheit von nur wenigen Stimmen, die Ortsverwaltung wieder zu besetzen.

Es geht — ohne Arbeitgebervereinigung.

Dortmund, 19. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Eine Riesen-Schlichtungsverhandlung fand für das Gießereigewerbe und für die Industrie in Reibert statt. Dort hat sich der Arbeitgeberverband aufgelöst. Infolge dessen mußten auf Antrag der Gewerkschaften die einzelnen Arbeitgeber geladen werden. Inzwischen kamen über 130 Firmen in Frage, die sämtlich zur Verhandlung unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Reichardt erschienen waren. Trotz dieser Versammlung konnte das Schlichtungsverfahren nicht durchgeführt werden. Die Parteien verzichteten auf eine Aussprache in der Versammlung und setzten eine Schlichterkammer zusammen, die einstimmig zu zwei Schlichterprüchen kam, wonach der Spitzenlohn der Hammer und Kesselschmelzer von 65 auf 72 Pf., der Spitzenlohn der Haderbeiter nach dreijähriger Lehrzeit in der Schlichtindustrie auf 54 bis 60 Pf. festgesetzt wurde. Außerdem wurde sowohl für die Gießereibetriebe als auch für die Schlichtindustrie ein Tarifvertrag abgeschlossen, welches lautet:

„Wenn aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen länger als 48 Stunden in der Woche gearbeitet werden muß, so kann nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung von der Betriebsleitung eine Verlängerung der reinen Arbeitszeit bis zur Höchstsdauer von wöchentlich 56 Stunden angeordnet werden. Für die über 48 Stunden hinaus geleisteten Arbeitsstunden wird ein Zuschlag nicht gezahlt.“

Charakteristisch an diesem Abkommen ist nicht allein, daß es ohne die Organisation der Arbeitgeber zustandekam und durchschießt eine einprozentige Lohnerhöhung bringt, sondern daß es den Achtstundentag grundsätzlich wiederherstellt, mit der Möglichkeit einer Überarbeitszeit von wöchentlich höchstens acht Stunden. Ist dieses Abkommen auch noch verbessernd, so ist es doch ein großer Fortschritt gegenüber der Kampfbildung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Anschluß der amerikanischen Schuhmacher.

(JBB) Den gemeinsamen Anstrengungen des Internationalen Sekretariats der Schuh- und Lederarbeiter und des Vorsitzenden der englischen Schuhmacherorganisation, General Boulton, ist es gelungen, den Verband der Schuhmacher Amerikas zum Anschluß an die Internationale zu bewegen. Die „Foot and Shoe Workers Union“ hat ihren Sitz in Boston.

William Groen, Gompers' Nachfolger.

New York, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag nachmittags wurde zum Nachfolger des verstorbenen Gewerkschaftsführers Gompers der Schatzmeister der Vereinigten Bergarbeiterverbände William Groen gewählt.

Deutscher Solenheitsverband. Anspöchlichkeit! Vertrauensmännerversammlung am 19. Dezember. Der 22. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Reichsbankens. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Schlichtungsamt. 2. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 3. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 4. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 5. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 6. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 7. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 8. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 9. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 10. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 11. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 12. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 13. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 14. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 15. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 16. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 17. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 18. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 19. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 20. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 21. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 22. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 23. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 24. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 25. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 26. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 27. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 28. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 29. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 30. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 31. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 32. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 33. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 34. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 35. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 36. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 37. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 38. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 39. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 40. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 41. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 42. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 43. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 44. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 45. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 46. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 47. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 48. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 49. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 50. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 51. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 52. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 53. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 54. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 55. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 56. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 57. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 58. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 59. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 60. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 61. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 62. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 63. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 64. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 65. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 66. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 67. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 68. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 69. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 70. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 71. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 72. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 73. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 74. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 75. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 76. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 77. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 78. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 79. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 80. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 81. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 82. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 83. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 84. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 85. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 86. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 87. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 88. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 89. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 90. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 91. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 92. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 93. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 94. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 95. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 96. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 97. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 98. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 99. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 100. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 101. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 102. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 103. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 104. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 105. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 106. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 107. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 108. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 109. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 110. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 111. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 112. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 113. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 114. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 115. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 116. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 117. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 118. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 119. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 120. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 121. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 122. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 123. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 124. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 125. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 126. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 127. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 128. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 129. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 130. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 131. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 132. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 133. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 134. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 135. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 136. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 137. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 138. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 139. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 140. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 141. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 142. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 143. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 144. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 145. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 146. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 147. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 148. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 149. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 150. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 151. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 152. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 153. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 154. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 155. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 156. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 157. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 158. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 159. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 160. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 161. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 162. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 163. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 164. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 165. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 166. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 167. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 168. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 169. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 170. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 171. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 172. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 173. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 174. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 175. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 176. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 177. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 178. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 179. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 180. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 181. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 182. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 183. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 184. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 185. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 186. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 187. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 188. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 189. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 190. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 191. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 192. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 193. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 194. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 195. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 196. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 197. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 198. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 199. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 200. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 201. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 202. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 203. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 204. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 205. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 206. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 207. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 208. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 209. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 210. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 211. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 212. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 213. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 214. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 215. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 216. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 217. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 218. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 219. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 220. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 221. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 222. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 223. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 224. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 225. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 226. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 227. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 228. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 229. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 230. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 231. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 232. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 233. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 234. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 235. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 236. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 237. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 238. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 239. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 240. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 241. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 242. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 243. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 244. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 245. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 246. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 247. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 248. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 249. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 250. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 251. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 252. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 253. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 254. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 255. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 256. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 257. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 258. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 259. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 260. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 261. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 262. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 263. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 264. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 265. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 266. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 267. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 268. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 269. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 270. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 271. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 272. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 273. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 274. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 275. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 276. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 277. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 278. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 279. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 280. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 281. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 282. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 283. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 284. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 285. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 286. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 287. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 288. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 289. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 290. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 291. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 292. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 293. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 294. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 295. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 296. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 297. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 298. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 299. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 300. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 301. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 302. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 303. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 304. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 305. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 306. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 307. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 308. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 309. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 310. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 311. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 312. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 313. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 314. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 315. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 316. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 317. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 318. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 319. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 320. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 321. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 322. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 323. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 324. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 325. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 326. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 327. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 328. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 329. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 330. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 331. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 332. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 333. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 334. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 335. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 336. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 337. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 338. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 339. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 340. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 341. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 342. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 343. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 344. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 345. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 346. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 347. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 348. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 349. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 350. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 351. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 352. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 353. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 354. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 355. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 356. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 357. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 358. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 359. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 360. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 361. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 362. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 363. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 364. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 365. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 366. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 367. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 368. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 369. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 370. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 371. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 372. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 373. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 374. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 375. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 376. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 377. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 378. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 379. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 380. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 381. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 382. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 383. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 384. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 385. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 386. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 387. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 388. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 389. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 390. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 391. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 392. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 393. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 394. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 395. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 396. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 397. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 398. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 399. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 400. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 401. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 402. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 403. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 404. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 405. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 406. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 407. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 408. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 409. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 410. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 411. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 412. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 413. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 414. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 415. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 416. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 417. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 418. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 419. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 420. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 421. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 422. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 423. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 424. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 425. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 426. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 427. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 428. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 429. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 430. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 431. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 432. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 433. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 434. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 435. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 436. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 437. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 438. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 439. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 440. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 441. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 442. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 443. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 444. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 445. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 446. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 447. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 448. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 449. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 450. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 451. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 452. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 453. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 454. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 455. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt. 456. Bericht über die

In den weihnachtslosen Häusern.

Man verrät nichts Neues mit der Tatsache, daß es in der Welt-
stadt Tausende und aber Tausende gibt, die dringend besorgt sind,
ob sie sich zu Weihnachten wenigstens einmal werden laß essen
können. Wir haben an dieser Stelle wiederholt während der ver-
flossenen Jahre und besonders auch alljährlich zu dieser Zeit, auf
die Not jener Menschen hingewiesen, denen der freudlose Alltag
auch das freudlose Weihnachten gewärtig ist. Auch jetzt wollen wir
das Ergebnis einer sozialen Streife wiedergeben, die wir mit einer
Bezirksfürsorgein im ärmsten Teil der Millionenstadt, dem Bezirk
Wedding unternommen haben.

Im Keller.

Antonstraße. Kahle Hausmauern, dunkle Höfe mit schmutzigen,
fleckelnden Wänden. Wir steigen in einen Keller, hier ist die Folge
der Dunkelheit muß man sich mit den Händen an der Wand entlang
tasten bis wir das „Heim“ entdeckt haben. Ein Kellerloch, zwei
Meter breit und vier Meter lang. Das ist die ganze Wohnung für
Mann, Frau und ein fünf Monate altes Kind. Das Bett, die einzige
Schlafgelegenheit für die drei Personen, nimmt fast die Hälfte des
Raumes ein. Ein Küchentisch und zwei Stühle beschließen das
Mobiliar. Kein Holz, sondern Zementfußboden, der jetzt mit Bret-
tern belegt ist. An der rechten Wand zieht sich ein Abwasserrohr
entlang, das unbedeckt ist und einige Tropfen auf das Bett fallen läßt.
Im übrigen ist der ganze Raum so feucht, daß die Arbeiter, die
Der Mann, Hausdiener bei einer Restaurationsgesellschaft, erzählt
einiges: „Wenn der Schornsteinfeger ins Haus kommt, ist die Woh-
nung ganz in Wasser getaucht.“ Die Familie muß dann immer
den Raum verlassen. Trotzdem der Mann nur 18 M. in der Woche
verdient, hat er den Mut nicht verloren und hofft, daß er bald ein
wirkliches Heim bekommt. Die 18 M. reichen knapp zum Leben und
so muß die Frau, die ziemlich krank ist, durch Ausbessern von Klei-
dungsstücken dazu verdienen. Erstaunt fragt man, wo sie denn



Der Keller als Wohnung.

eigentlich ihre Arbeit erledige. Doch nicht etwa in diesem dunklen
Kellerloch? Traurig lächelnd, bejaht sie die Frage. Bei einer
Petroleumlampe wird der tägliche Nebenverdienst erschufet. Als

das Wort „Weihnachten“ fällt, schaut die Frau uns stumm an, als
wollte sie sagen: Hier in der Unterwelt kennen wir das nicht.

Zu ebener Erde.

Spartstraße. Wir überqueren einen Hof. Diesmal liegt die
Wohnung zu ebener Erde. Als die Tür sich öffnet, weht uns ein
kollender Luftzug entgegen. Die Küche mutet öde an, trotzdem
sie, wenn auch einfach, eingerichtet ist. In der kleinen Stube liegt



Nicht Wohnhaus, sondern Wohnstall.

im Bett die kranke Mutter. Ein lungentrunktes Kind weilt zur Er-
holung in Beetisch. Bald wird auch der ebenfalls lungentrunkte,
arbeitslose Vater dorthin seinen Weg nehmen. Zwei kleine Kinder
liegen, trotzdem es schon Wintersonne ist, noch im Bett. Warme
Abendung kühl und so ist es schon besser, wenn sie das Bett nicht ver-
lassen. Trotz der bitteren Notlage, trotz der kranken Mutter herrscht
Saubereit im Räume. Der Mann, der bis 1917 Schneider war
und wegen seiner Krankheit dieses Handwerk an den Nagel hängen
mußte, erzählt, wie er und seine Familie ihr Leben fristen. Die
wöchentliche Arbeitslosenunterstützung beträgt 12,50 M. und das soll
für vier Personen ausreichen. Anzug, Kleiderkasten und Uhr haben
schon lange den Weg zum Leihhaus gefunden. Jetzt ist die Uhr ver-
fallen. Drei Mark kostet das Verhängnis. Woher nehmen? Er
schüttelt den Kopf. „Mein Antrag auf Unterstützung, den ich beim
Roten Kreuz eingereicht habe, ist überhaupt nicht beantwortet worden.
Wir brauchen kein Weihnachtsfest.“

Legier Straße. Auch diese Wohnung liegt zu ebener Erde. Ein-
fache weiße Gardinen lassen nicht vermuten, daß hinter diesen
Fenstern Not und Sorge händliche Gänge sind. Drinnen, in der
Wohnung, sieht es entsetzlich aus, wenn auch Saubereit und Ord-

nung schwer zu unterdrücken sind. Aber wo die Wohnung feucht
ist, so daß die Matratzen buchstäblich wegtauen, hilft selbst die größte
Reinlichkeit nichts. Bettbezüge fehlen gänzlich. Schon frühmorgens
werden die Kissen, Decken usw. aus den Betten genommen und
zum Trocknen ans Fenster gelegt. Das geschieht jeden Morgen.
Aber es hilft nur sehr wenig. Bald werden auch die letzten Ma-
tratten dorthin wandern, wo der „Naturforscher“ mit einem langen
Stoß keine „Produkte“ herausbringt. Die Familie, die aus vier
Personen, Mann und Frau, einem fünf Jahre alten Mädchen und einem
14 Jahre alten Sohn besteht, fürchtet sich jeden Tag vor dem Abend,
wenn die Zeit zum Schlafengehen herangerückt ist. Der Mann,
der infolge einer Kriegerverletzung schwer verwundet ist, ist
arbeitsunfähig und leidet unter Lobsuchtanfällen. In der Küche steht
es fürchterlich kahl aus. Die ganze Einrichtung besteht aus einem
Tisch und zwei Stühlen. Die Decke weist klaffende Löcher auf. „Das
sind meine Engel!“ sagt der Mann mit irrem Blick, indem er auf
die Löcher deutet. Trotz dieser großen Not besitzt die Frau einen
Mut der bewundernswert ist. Küchlein weiß sie ihre Hände zu ge-
brauchen. Argumente, ein paar Mark für Aufwartestellen, müssen
zum Lebensunterhalt ausreichen.

Stallgebäude, zwei Treppen.

Endower Straße. Es geht über einem mit Kopfsteinpflaster be-
legten Hof eine schmale Treppe von unten hinauf. Der Eingang führt
gleich in die „Küche“ hinein, die ungefähr 3 Schritt lang und einsei-
halb bis 2 Schritte breit ist. Auch hier wieder peinliche Saubereit! Die
„Stube“ ist etwas größer. Eine Holzbettstelle, eine Fedebettstelle,
ein Kleiderkasten, der wohl einstmals bessere Tage gesehen hat und
ein Stuhl bilden die Einrichtung. Ein Fenster hatte diese Stube
überhaupt nicht, so daß die Bewohner kurzerhand einfach ein 40 Zen-
timeter hohes Loch in die Wand schlugen, um Luft und Licht hinein-
zubekommen. Auf unsere Frage, wer hier alles schläft, antwortet
uns ein altes Mütterchen: „Hier in der Holzbettstelle schlafte ich.
Auf der Fedebettstelle schlief eine junge Frau, die ich als „Unter-
mieter“ (1) habe mit ihrem neun Jahre alten Töchterchen zu ammen.“
Suffit-nitake. Im Hinterhaus besuchen wir eine Familie.
Eine 17jährige blüht. In der Küche herrscht wirres Durcheinander.
Mutter und ein Holzkoch, während am Fenster Holzbindel auf-
geschapelt liegen. Die Mutter der Familie wohnt dazu, daß der
Vater jeden Morgen in den Wald fährt, dort Stroh ausgräbt und
das Holz nach Hause bringt. Hier verarbeitet die Tochter das Holz und
die Mutter bindet es. Zwei kleinere Geschwister verkaufen dann
die Bündel in den Häusern. Vier Betten sind vorhanden und dienen
zum Schlafen von acht Personen. An den Wänden hängen Kriegs-
bilder, die die schadhafte Tapetenstellen verdecken sollen.

Soweit die Schilderungen, die keiner Erläuterung bedürfen. Wer
hilt mit diesen Vermissen der Armen zum „Fest der Liebe“ etwas
Licht in das immerwährend dunkle Dasein zu bringen?

Wie Stahlhelmlente die Polizei behandeln.

Das erste gerichtliche Nachspiel, welches der Sach-Vortrag in
Potsdam erzeit hat, ist gestern vor dem Potsdamer Amtsgericht
zum Austrag gekommen. Der frühere Oberbeamte, jetzige
Student a. A. A. aus Potsdam, war angeklagt wegen die Ver-
ordnung des Reichspräsidenten vom 25. April 1924 verstoßen zu
haben. Am Abend des Sach-Vortrags hatte die Deutschnationale
Volkspartei eine Protestversammlung gegen den französischen Redner
einberufen und nach Schluß der Versammlung gingen die Teilnehmer,
hauptsächlich Stahlhelmlente, im geschlossenen Zug durch die Branden-
burger Straße, woselbst der Zug auf eine Polizeileiste stieß. Die
Beamten blüht den Zug auf. Im selben Moment erhob a. A. A.,
der sich unter den Teilnehmern befand, die Hand hoch und rief:
„Zu Dieren, rechts heran!“ Schon wollten sich die Stahl-
helmler wieder gruppieren, als der Angeklagte verhaftet wurde.
Nach Ausfragen von drei Polizeibeamten, die als Zeugen auftraten,
waren, haben die Teilnehmer bei der Verhaftung gerufen: „Beireit
Hilf! Schloß doch die Gräben!“ Weiter befanden die Polizei-
beamten unter Eid, daß die Wmne sie nach vor der Polizeiwache
bedroht habe. Die Verhandlung eracht nicht, daß der Angeklagte eine
leidende Rolle in dem Zug eingenommen hatte. Er wurde nur wegen
Uebertretung verurteilt, und zwar zu 30 Mark Geldstrafe oder für
je 10 Mark ein Tag Haft.

Der Mittelweg.

Von Sir Phillip Gibbs.

Diese Worte beunruhigten Bertram aufs tiefste. Er ging
mit Kenneth bis zur Gefandtschaft. Kenneth plauderte ge-
müht und fließend, aber Bertram unterbrach ihn unver-
mittelt:
„Haben Sie Joyce in der letzten Zeit oft gesehen?“
Eine halbe Sekunde zögerte Kenneth mit der Antwort.
„Jawohl. Longchamps, im Bois, in der Oper usw.
Schönes Wetter, diese letzten Tage, wie?“
Aber Bertram interessierte sich nicht fürs Wetter.
„Sie wissen, daß Joyce und ich kürzlich Meinungsver-
schiedenheiten hatten? Hat sie's Ihnen nicht gesagt?“
Wieder zögerte Kenneth mit der Antwort: „Ich wußte
wohl von einem Mißverständnis... Aber gestatten Sie mir,
Ihnen zu sagen, ich diskutiere niemals die Beziehungen
zwischen Mann und Frau. Finden Sie nicht, daß es eine
gute Regel ist?“
Er sprach auf die freundlichste Weise, aber seine Zurecht-
weisung ließ Bertram tief erdrücken.
„Ich hatte auch nicht die Absicht, meine Beziehungen zu
Joyce mit Ihnen zu besprechen. Ich wünschte nur, Ihnen
dafür zu danken, daß Sie ihr in meiner Abwesenheit ein guter
Freund gewesen sind.“
Kenneth lachte eigentümlich gezwungen. „Aber mein
Lieber! Nichts zu danken... Ich versuchte nur, nach allen
Regeln ehrliches Spiel zu spielen.“
Er hob die Hand, fast wie zum Salutieren, und ver-
schwand in der englischen Gefandtschaft, während Bertram
sich in unbehaglicher Stimmung nach Passy begab.
41.
B. Mahony, Dennis' Onkel, bei dem Susan sich aufhielt,
wohnte im bescheidenen Teile der Rue de la Pompe. Ein
ungeheuer dicker Portier sagte Bertram brummig Bescheid,
vierter Stock links; der Herr würde die Tür schon finden, es
wäre stets Besuch da, der „fürchterlichen Lärm“ machte.
Bertram ging die vier Treppen hinauf. Es roch ab-
scheulich nach Zwiebeln und schlechter Kanalisation. Als
Bertram die Glocke an der Tür des vierten Stocks zog, hörte
er das Murmeln verschiedener Stimmen, aber nichts von
einem „fürchterlichen Lärm“. Susan selbst öffnete ihm. Sie
war blaß, die irischen Rosen blühten nicht mehr auf ihren
Wangen, die er jählich küßte.

„Also bist du doch gekommen,“ sagte sie ruhig, aber bei
dem Kusse ihres Bruders, der ihr einst so lieb gewesen war,
schmolz ihre Kehle. Sie legte ihren Kopf an seine Brust und
weinte still.
„Was ist denn, Schwester Susie?“ fragte er liebevoll.
„Ach, alles!“ Sie trocknete sich die Tränen.
„Kannst du nicht mit mir in ein kleines Café kommen,
wo wir uns aussprechen können? Mir ist heute Abend nicht
nach Gesellschaft zumute.“
Aber sie antwortete, erst müsse er Dennis' Onkel und ihre
Bekannteten kennen lernen, und sie führte ihn in ein kleines,
ärmlich möbliertes, schlecht beleuchtetes Zimmer, wo Bertram
Betty O'Brien erkannte.
Sie kam ihm entgegen und gab ihm die Hand.
„Onkel,“ sagte sie zu einem alten Herrn mit weißem
Haar und sehr blauen Augen, „dies ist Susans Bruder.“
Mr. Mahony erhob sich und reichte ihm die Hand.
„Susans Bruder! Also Irlands Freund.“
„Ein halber Ire, und ein guter Freund,“ sagte Bertram.
Aber er hatte auch hier einen schweren Stand. Alle An-
wesenden, auch der freundliche alte Herr, zeigten in der leb-
haft weitergeführten Unterhaltung, wie leidenschaftlich ihr
Haß gegen England war.
Bertram bat seine Schwester um eine private Unter-
redung. „Alle diese Diskussionen sind sicher sehr interessant,
aber nichts für mich. Ich möchte wissen, wie es dir geht, und
was du zu tun gedenkst. Und dann möchte ich dir auch meine
eigenen Schwierigkeiten erzählen.“
Sie gingen in ein nahes Café und setzten sich in eine Ecke,
weit weg von einer Gruppe trinkender Männer und ge-
schminkter Weiber. Susan zog fröstelnd ihren Mantel fester
um sich, trotzdem es draußen warm war und im Café eine
schwüle, drückende Luft herrschte.
„Du siehst nicht gut aus,“ sagte Bertram besorgt.
„Ist etwas nicht in Ordnung?“
„Ich zahle den Preis des Frauentums. Ich werde ein
Kind bekommen. Das Kind eines Mannes, den die Engländer
aufgehängt haben, weil er Irland liebte. Drollig, nicht?“
Er legte seine Hand auf die ihre. „Du armes Kind!
Du liebe, kleine Schwester!“
Aber Susan sprach kalt und ruhig, und das war schlimmer,
als wenn sie gemeint und geschluchzt hätte.
„Ich werde ihn Dennis nennen, wenn's ein Junge ist.
Und ein Ire soll er werden an Leib und Seele, wie sein Vater

war. Und ich werde ihn lehren, England zu hassen, wie ich
es hasse.“
Bertram wollte ihre Hand ergreifen, aber sie entzog sie
ihm nervös. „Wozu den Haß verewigen? Ich glaube an
Frieden und Liebe!“
„Kindermärchen!“ sagte Susan höhlich. „Deine weiche
Sentimentalität betrügt dich ebenso, wie Joyce dich betrogen
hat. Darf ich fragen, ob du ihr noch treu bist?“
„Ich will es sein,“ antwortete er ernst.
Sie lachte laut und spöttisch. „Einseitige Treue, mein
Lieber. Joyce hat dich mit Kenneth Murles betrogen. Wenn
sie nicht seine Mailresse ist, so tut ihr Ruf ihr Unrecht. Jeder
in Paris denkt so.“
Bertram ließ ein Schauer über den Leib, und er starrte
Susan mit entsetzten Augen an. „Susan, um Gottes willen!
Was meinst du damit?“
Es wäre ja nicht ihre Sache, meinte sie, aber ihre Be-
kannteten hielten es für ausgemacht, daß sie mit Kenneth „durch-
gegangen“ wäre. Man sah sie überall zusammen, im Bois,
in der Oper, in Longchamps, und Abend für Abend im Restau-
rant Henri.
„Was sollen die Leute denn sonst denken, wenn eine
Frau ihren Mann verläßt und mit einem Menschen wie
Kenneth nach Paris kommt?“
„Sie ist aber mit Lady Ottery hergekommen,“ antwortete
Bertram, „und was deine Bekannten sagen, ist eine verdamnte
Lüge. Wenn sie mir das sagen, zerplatze ich sie zu Brei.“
Susan lachte wieder. „Aha? Da zeigte sich der primitive
Mensch. Wenn es dich so nahe geht, dann ist's aus mit
Frieden und Liebe? Wo ist deine Logik, Bertram?“
Er starrte schweigend auf den Tisch. Susan hatte recht;
wenn er diese Geschichte glaubte, würde er hingehen und
Kenneth niederschleichen wie einen Hund. Aber es war ja Widd-
fenn, zum Lachen! Und er lachte schrill.
„Merkwürdig, wie tief der Geist der Rache in manchen
Frauen lebt,“ sagte er. „Warum haffest du denn Joyce so
sehr, daß du ihren guten Namen töten möchtest?“
Susan erhob sich. „Komme,“ sagte sie. „Ja, es ist wahr,
ich hasse Joyce. Ich habe den Abend mit dem Telefon nicht
vergessen, als sie drohte, meinen Mann der Polizei zu ver-
raten. Aber jetzt hasse ich sie, weil sie dich verrät. Mit ihrem
Gesicht sicherlich, wenn schon nicht mit ihrem Körper.“
Bertram begleitete seine Schwester wortlos nach Hause,
wo er sich mit einem finsternen Grusse von ihr trennte.
(Fortsetzung folgt.)

Ein anständiger Mensch.

Sut ab vor solchem Gegner!

Ueber den Reichspräsidenten Ebert sich in unfürzigen Ausdrücken zu äußern, ist heute ein billiges Vergnügen für feige Wichte. Sie dürfen das sogar vor aller Öffentlichkeit tun, ohne daß sie allzu große Unannehmlichkeiten zu fürchten hätten. Selten findet sich jemand, der Entschlossenheit genug hat, einen solchen Burlesken sofort beim Krogen zu nehmen und dem nächsten Schupo-Beamten zu übergeben. Geschieht das aber doch einmal, so ist noch die Frage, wie hoch oder gering das Verdict die Schmähung des Reichspräsidenten bewerten wird.

Daß auch Leute, die nicht Freunde des Reichspräsidenten Ebert sind, sich von diesen Unfürzigen angegriffen fühlen, lehrt in erfreulicher Weise ein uns zugewandener Brief. Der Verfasser schildert, wie auf dem Untergrundbahnhof Hohenzollernndamm ein paar gutgekleidete Männer an den abfahrenden Zug herantreten und einer von ihnen in Schimpfereien über den Reichspräsidenten sich gütlich tat. Er sprach dabei so laut, daß in der Nähe Sitzende es hören konnten. „Ebert ist“, sagte er, „der größte Lump; der Hund muß aufgehängt werden.“ Während der Fahrt hörte man dann von dem Herrn über den Reichspräsidenten noch Worte, wie „Strolch! Schwein! Schweinige!“ Der Verfasser des Briefes fährt in seiner Schilderung fort:

„Auf der Station Heerbelliner Platz stellte ich dann den Herrn zur Rede, da mir diese wiederholten Föbeleien doch ins Blut gingen, obwohl mir politisch Herr Ebert teilweise recht frand ist und ich als ehemaliger Baltikumer und Ehrhardmann wenig Veranlassung habe, Herrn Ebert mit meiner Person zu schimpfen. Ich hatte aber am gleichen Tage gelesen, daß Herr Ebert zwei Söhne dem Vaterland geopfert hat, und ich bin mir außerdem bewußt, daß ich mich selbst beschimpfe, wenn ich den ersten Mann meines Volkes schmähe oder die Schmähung dulde. Zwei anwesende Japaner ließen mich zudem diesen Schimpf doppelt fühlen. Der Herr und seine Begleiter fingen nun an, mich nicht zu beschimpfen, mir nämlich zu drohen, mich, der ich alles andere als Jude bin, wie das so üblich geworden ist, einen „Judenlämmel“ zu heißen usw. Täuschlichkeiten riskierten sie bei meiner Figur nun ja nicht und ich meinerseits konnte doch auch nicht gleich mit den hier ganz angebrachten Ohrfeigen die Diskussion beenden.“

Er schildert dann weiter seine vergeblichen Bemühungen, einen Untergrundbeamten gegen den Schimpfenden in Bewegung zu setzen. Schließlich faßte er selber den Burlesken, führte ihn zu dem Beamten und verlangte die Feststellung, indem er laut erklärte, daß dieser Mensch in würdiger Weise den Reichspräsidenten beschimpft habe. Der Beamte antwortete: „Das sind politische Sachen, die mich nichts angehen.“ Auch eine erneute Aufforderung wurde mit einer Weigerung beantwortet. Inzwischen war auf Bahnhof Heerbelliner Platz der Zug in Richtung Dahlem eingelaufen — und die Herren gingen ein. Der Untergrundbahnbeamte wußte offenbar nicht, daß er auf dem Bahnhof Polizeibeamter ist und bei jeder Ordnungsförderung oder Gefährdungsüberleitung das Recht hat, zu seiner Unterstützung einen Schupo-Beamten herbeizurufen, der dann alles Nötige besorgt. Unser Gewährsmann verzichtete nach diesen mißlungenen Versuchen auf weitere Verfolgung. Er ging durch die kalte Nacht nach Hause, mühselig und ärgerlich darüber, daß er (so schreibt er uns) „nicht dem frechen und feigen Ehrabschneider ein paar schweißige Maulschellen mit auf den Weg gegeben hätte.“ Er hätte, meint er, zu dieser Selbsthilfe greifen sollen, um zu erzwingen, daß der Mensch ihn feststellen ließ und dabei auch den eigenen Namen angeben mußte.

Dieser Brief verdient Beachtung. So denkt und spricht ein Mann und Staatsbürger, der bei seiner Inn in einem Gegenstand zum Reichspräsidenten bringenden Anschauung und Ueberzeugung ein anständiger Mensch zu bleiben vermocht hat. Sut ab vor solchem Gegner!

Der Milchpreis steigt.

„Heißt ein Geschäft“ — für die Landwirte!

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats meldet: Von der Ausgleichsstelle der Berliner Milchversorgung G. m. b. H. wurden in den letzten sechs Wochen über 150 000 M. zur Verbilligung der Milch herausgegeben. Durch diese starke Beanspruchung ist die Ausgleichsstelle erschöpft. Aus diesem Grunde und wegen einer erheblichen Steigerung des Buttermilchpreises ist eine Erhöhung der Milchpreise nicht zu umgehen. Die noch bestehende Berechnung des Milchpreises nach dem Butterpreis bewirkt, daß der Erzeuger heute für die Milch fast drei Pfennige mehr erhält, als die Milch in Vorkriegszeiten im Berliner Kleinhandel kostete. — Die Milchpreise betragen vom Sonnabend, den 20. Dezember, ab: 1 Liter Vollmilch ab Laden des Kleinhändlers 36 Pf., 1 Liter Vollmilch ab Berliner Kuhstall 40 Pf. Der Preis für Magermilch bleibt unverändert auf 10 Pf. pro Liter bestehen.

Die Auspömerung der Großradikalisierung durch die Landwirte geht also weiter. Damit überhaupt Milch nach Berlin kommt, muß den Landwirten ein so hoher Milchpreis bewilligt werden, daß sie nicht der Versuchung erliegen, die gesamte Milch zur rentabileren Herstellung von Butter zu verwenden. Nicht der Butterpreis richtet sich nach dem Milchpreis, sondern der Milchpreis muß sich nach dem Butterpreis richten, weil sonst die Landwirte keine Milch liefern. Ob in den Großstädten dem Wachstum infolge der Milchvermehrung die Ernährung mit Milch entzogen wird, danach fragt die Profügler nicht.

„Monarchistische Republikaner“.

Man schreibt uns:

Daß die „republikanischen“ Beamten leider zu einem großen Teil alles andere als republikanisch gesinnt sind, ist eine Tatsache, an der man nicht ohne weiteres vorübergehen sollte. Sofern der Beamte, der im Dienste der Republik steht und den Eid auf ihre Verfassung abgelegt hat, sich dem Wohle des Vaterlandes entgegenstemmt, müßte dieser Staat endlich auch die Konsequenzen daraus ziehen. Ein besonders krasses Beispiel lieferte in einer Schuldeputationsmission der Vertreter der Deutschnationalen, der als Studienrat an einer höheren Lehranstalt im Saale der Republik steht. Er sprach gegen den Antrag der Schuldverwaltung, der versprach, daß endlich sämtliche Berliner Schulen mit republikanischen Fahnen belagert werden sollten. Seine Gründe waren so kindisch, daß man diesem Herrn eigentlich zuviel Ehre antut, wenn man darauf eingeht. Da sie aber kennzeichnend sind für die oben erwähnten „republikanischen“ Beamten und es außerdem immer noch kritische Leute gibt, die sich durch den Schein täuschen lassen, seien sie hier kurz angeführt:

1. Die verlangte Summe ist direkt zum Fenster hinausgeworfen; denn die Schulen hätten fast alle noch Fahnen, die sie hinaushängen könnten! (Schwarzweißrot!)
2. Es gäbe kein fest, zu dem die Schulen fliegen könnten. (Zuruf: Verfassungstag!) Der Verfassungstag fällt in die Ferien, außerdem für ein fest solche Ausgab!
3. Die Schüler tragen innerhalb der Schule schwarzweiße Farben, dann würden sie es als eine Provokation (!) auffassen, daß draußen am Hause die schwarzrotgoldene Flagge hängt.
4. Auch die Eltern dächten so, das hätten die Elternbeiratsmänner bewiesen. (Etwas durch den Sieg der unpolitischen Liste?)

Und was hätte zu diesen Ausschüßungen eines „Republikaners“ der Vertreter der Demokraten zu sagen? Rein Hammer der Protest, kein Wort der Hochachtung für die 48er Farben! Im Gegenteil. Er

redete den Herren von rechts warm zu, doch jetzt nicht diese Sachen aufzuführen. Er hätte auch gewünscht, die republikanische Farbe wäre schwarzweilrot geblieben, aber nachdem es einmal so beschlossene ist, sollte man es doch so lassen. Sollte ein neuer Reichstag anders beschließen, so wäre es ihm auch recht! (Adolf Hoffmann nannte diesen Typ einmal „Agf. preuß. Republikaner“!)

Vertagung des Staafener Meineidsprozesses.

Die Folgen eines Schreibens aus Buenos Aires.

Der Prozeß gegen die Fürsorgeschwester Mathilde Rehger, der das Schwurgericht III bereits eine ganze Woche beschäftigt hat, nahm gestern ein vorzeitiges Ende, da er überraschenderweise der Vertagung verfiel.

Bevor der frühere Stadtrat Eggert vorgeführt wurde, um ebenfalls als Zeuge vernommen zu werden, brachte Landgerichtsdirektor Dransfeld ein Schreiben zur Verlesung, das aus Buenos Aires von dem dorthin ausgewanderten früheren Amtsvorsteher aus Staaken, Julius Rottmann, beim Gericht eingegangen ist. In diesem Schreiben versichert der Zeuge unter Eid, daß er am 15. Februar zusammen mit Dr. Fehner die Krankenschwester vom Bahnhof zu ihrer Wohnung begleitet hat. Die Einladung, noch eine Tasse Kaffee mit ihr zu trinken, habe er abgelehnt und sich vor dem Hause getrennt, während Dr. Fehner mit zu der Schwester hinaufging. Rottmann versicherte weiter, daß Stadtrat Eggert in der fraglichen Zeit wiederholt bei ihm zum Besuch gewesen und nach Witternachts fortgegangen sei. Da Eggert damals in Charlottenburg wohnte, mußte sein Weg zum Bahnhof ihn an dem Hause des Säuglingsheims vorbeiführen, so daß es möglich sei, daß er von Zeugen auf dem Wege gesehen worden ist. Außerdem habe sich Stadtrat Eggert wiederholt offen über die Gerüchte und Beschuldigungen ausgesprochen und ihm versichert, daß, wenn etwas daran wäre, er es ihm als seinem intimsten Freunde doch sagen würde. R. A. Dr. Boeder fragt, ob das Gericht diesen Brief als wahr unterstellen wolle. Der Vorsitzende erklärt jetzt, daß er keine Frage, sondern nur Anträge entgegennehme. R. A. Dr. Boeder: „Dann stelle ich den Antrag, Rottmann auf diplomatischem Wege durch das Konsulat als Zeugen eidlich vernommen zu lassen.“ Nach kurzer Beratung verständete Landgerichtsdirektor Dransfeld folgende Gerichtsbeschlüsse: „Die Sache wird auf unbestimmte Zeit vertagt. Zu dem neuen Termin sind sämtliche Zeugen wieder zu laden. Inzwischen soll auf diplomatischem Wege in Buenos Aires durch das Konsulat der Zeuge Rottmann vernommen werden.“ R. A. Dr. Johann begründete darauf eingehend einen Antrag auf Haftentlassung der Angeklagten Rehger. Die bis ins Kleinste geführte bisherige Beweisaufnahme habe den drohenden Taterfolg schon stark erfüllt. Außerdem sei bei dieser Frau, die schwer leidend ist und bisher ruhig in ihrer Heimat in Württemberg bei ihren Eltern und in einem Sanatorium gelebt habe, ein Suizidverdacht nicht vorhanden. Das Gericht wies jedoch die Haftentlassung ab.

Man darf sich wohl der berechtigten Hoffnung hingeben, daß die Vernehmung des Herrn Rottmann in Buenos Aires mit der größten Beschleunigung betrieben wird, damit der Prozeß und damit die Verrentierung der Beteiligten endlich sein Ende findet.

Eispalast am Wannsee.

Einstmals hatte Berlin zwei Eispaläste. Einer war nicht genug. Jetzt hat es gar keinen, und nunmehr hat es auch an seinem genug. Berlin ist nun mal so. Da nun aber die schönste Eisbahn die Natur eisbahn ist, so liegt die Forderung nahe, daß der Naturpalast gleichfalls der schönste ist. Ränisch jener, der sich in himmelblauer Kristallarbeit über der Eisbahn wälzt. Ein solcher Palast baut sich — schon Weiter immer vorausgesetzt — am Wannsee auf. Da hat unser Genosse Klotz vor gefordert, daß auf dem Strandgelände neben dem städtischen Wannseefreibad eine prachtvolle Spiegelbahn errichtet, 200 Meter lang. Das ist ganz besonders etwas für Lehrer mit ihren Schülern, die auch im Winter den vorgeschriebenen Ausflugs machen wollen. Man findet sie so leicht nicht wieder so. Dazu des unübertrefflich schönen Paradiesdoramas: die Kolonie, Pfaueninsel und Schwanenteich. Am Wannsee aber gibt es winters noch mehr. Zwei Robelbahnen sind hergerichtet und warten auf Schnee. Und wer draussen Ozon genug gelunappt, der hat auch ein Anrecht auf Erwärmung in dem vorhandenen netten Restaurant. Garderobehalle und Aufbenahrung für Schützshube und Robelshützen sind gleichfalls vorzüglich hergerichtet. Und wenn nur erst einmal der rechte Antrieb da ist, hinauszufahren, dann wird auch bald der rechte Betrieb da sein. Denn ohne dem mach's der Berliner nicht. Aber das muß er selber besorgen. Eintritt montags 30 Pf., Kinder 10 Pf., Sonntags 50 Pf., Kinder 20 Pf.

Briefbestellung in den Berliner Vororten.

Durch den letzten großen Beamtenabbau haben in der Briefbestellung von und nach den Berliner Vororten Einschränkungen verschiedener Art vorgenommen werden müssen. Infolgedessen werden in diesen größeren Vororten, so in Lichterfelde, Halensee, Tempelhof, Friedenau und Pankow zurzeit nur drei Briefbestellungen ausgeführt, die zwischen 7½ und 10 Uhr vormittags, zwischen 11½ und 1½ Uhr mittags und zwischen 6½ und 8 Uhr abends liegen. In Wilmersdorf, Schöneberg und Charlottenburg kommt hierzu noch eine vierte Bestellung am Nachmittags. Kleinere Vororte, wie Oberschöneweide und Zehlendorf, müssen sich mit einem zweimaligen Austragen — am Vormittag und am Nachmittag — begnügen. Abgelegene Vororte, z. B. Rahnsdorf, Heinersdorf, Blantzenfelde, Gladow und Gatow, haben eine einmalige Bestellung, also genau so wie ein entlegenes ostpreussisches Dörflein. Für die eigentlichen Berliner Stadtteile, die Postbezirke 2 bis 113, bestehen zurzeit täglich vier Briefbestellungen, und zwar von 7½ bis 10 Uhr, von 10½ bis 12½ Uhr, von 1 bis 3 Uhr und von 6 bis 8 Uhr. In einzelnen Bezirken wird die Abendbestellung schon früher vorgenommen, um die Geschäftswelt noch vor Bureauabschluss in den Besitz der Abendpost gelangen zu lassen. Wäge wird also besonders in den Vororten, über den zu späten Beginn und den zu frühen Schluß der Briefkastenleerung geführt. Hier müßte unbedingt Remedur geschaffen werden. Es geht nicht an, daß Briefe 12 bis 13 Stunden während der nächt-

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 20. Dezember.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4 Uhr nachm.: Hans-Bredow-Schule. Sprachunterricht. (Abt. Bildungskurse). Dir. Jul. Glück: „Esperanto“. 4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle). 7.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule: (Abteilung Hochschulkurse). Oberpostrat Dr. Harbich, Leiter der Funkabteilung im Telegr.-techn. Reichsamts: „Einführung in die Funktelegraphie und -Telephonie“. 8.30 Uhr abends: Populärer Abend. 1. a) Blümlin auf der Heide. Franz Abt. b) Der Schweizer Fr. Silcher, c) Beim Holderstrauch, Herrn Kirchner, d) Abendständchen, Karl Schiebold (Doppelquartett des Charlottenburger Lehrergesangvereins, Direktor Karl Kiesche). 2. a) Andante, Joachim Albrecht, b) Der einsame Schwan, E. Meyer-Helmund, c) La Cinquintaine, Gabriel Marie (Otto Urack, Cello). 3. a) Capriccio, Oberthur, b) Patunglia Spagnola, Todeschi. c) Spiellose, Poinitz (Anna Hopf-Geidel, Harfe). 4. a) Sonntag ist's, L. Brea, b) Der Tauber und die Täubin, Adolf Kirohl, c) Der Käfer und die Blume, W. H. Veit, d) Jütändisches Tanzlied, W. Moldenhauer, e) Flämischer Tanzlied, W. Moldenhauer (Doppelquartett des Charlottenburger Lehrergesangvereins). 5. a) Meditation, Bach-Gounod, b) Der Schwan, Saint Saëns, c) Wiegenlied, Godard (Otto Urack, Cello; Anna Hopf-Geidel, Harfe). 6. a) Patrouille, Hasselmanns, b) Piratenmarsch, Pariah-Alvas, c) Feontana, Pariah-Alvas (Anna Hopf-Geidel, Harfe). 7. a) Das Herz, Pr. Silcher, b) Gretula, Robert Schwalbe, c) Der sakrische Kram, Th. Tschast, d) Weihnachtslied (Salburgisches Volkslied) E. Kramser (Doppelquartett des Charlottenburger Lehrergesangvereins). Am Flügel: Dr. R. E. Lapin. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitungsge. Wetterdienst. Sportsnachrichten, Theaterdienst. 10.30—11.30 Uhr abends: Tanamusik.

lichen Beurlaubung im Kosten liegen und erst nach etwa 20 Stunden innerhalb Groß-Berlins in die Hände der Empfänger gelangen. Die Wiederkehr der früheren zehnwöchigen Briefkastenleerung verlangt jetzt niemand. Es müßte aber unbedingt durch eine andere Dienstverteilung dafür Sorge getroffen werden, daß morgens gegen 6 Uhr und nicht — wie jetzt — erst zwischen 8 und 9 Uhr die erste Leerung erfolgt. Größere Schwierigkeiten für die Briefbeförderung erwachsen im Berlin durch den früheren Abgang der Abendzüge und durch die hierdurch nötige Beschleunigung des Sockerverkehrs. Dies mag der Grund für die frühere Abänderung der Briefkastenleerung sein, nicht aber für die verspätete Leerung am Morgen. Die Briefbeförderung zwischen Berlin und den Vororten erfolgt durch Kraftwagen, die vom Hauptbriefpostamt um 4½, 6, 9 und 11 Uhr 40 Min. vormittags sowie um 2 Uhr 10 Min. und 4½ Uhr nachmittags abgehen und die auf der Heimfahrt „Rückfracht“ aus den Vororten und den unterwegs „angelandenen“ Postämtern der Poststädte mitnehmen. Neben diesem festen Kraftwagenlinienverkehr haben eine Anzahl Vororte, die an der Bahn liegen, eine Beförderung ihrer Briefsäcke durch die Eisenbahn oder Straßenbahn eingerichtet.

Es hat sich herausgestellt, daß die durch den Beamtenabbau notwendig gewordenen Einschränkungen für Berlin nicht mehr am Platz sind. Der Postverkehr hat wieder einen gewaltigen Umfang angenommen und verlangt in erster Reihe für die Vororte eine größere Wiedereinstellung von Postbeamten.

Es fehlten ihm nur zwei Mark!

Das Ende eines eintägigen Schwindels.

Hundertzehn Schwindelkugeln verübte in Berlin allein ein Mann, der jetzt endlich unschädlich gemacht werden konnte. Er hat es verstanden, sich auf verhältnismäßig einfache Art und Weise seinen Lebensunterhalt zu verschaffen.

Bei Geschäftsaufen, bald in diesem, bald in jenem Stadtviertel, erschien von Mitte September d. J. an ein Mann ohne Mantel und Kopfbedeckung, kaufte eine Kleinigkeit, ein Stück Seife oder dergleichen, und bot dann, ihm gegen 20 Einmarkscheine einen Zwanzigmarkschein zu geben, weil er diesen Betrag in einem Briefe absenden müsse. Zu seiner Ueberzeugung stellte er fest, daß er jedesmal 2 Mark zu wenig bei sich hatte. Um sie zu holen, wollte er rasch nach Hause laufen, „ganz in der Nachbarschaft“. Den Zwanzigmarkschein hatte er bereits in einem Briefumschlag mit Aufschrift hineingelegt. Zur Sicherheit ließ er angeblich diesen Brief zurück, in Wirklichkeit aber einen anderen mit der gleichen Aufschrift, der nur Papierstempel enthielt. So erbeutete er jedesmal 18 Mark. Nachdem die hiesigen Zeitungen vor dem Schwindler gewarnt hatten, verschwand er aus Berlin, und trat seitdem in Dresden, Leipzig, Halle, Dessau, Chemnitz, in der Steiner Gegend, in Breslau, in Regensburg und München auf. In München erzielte ihn jedoch kein Schicksal. Hier fiel einer Geschäftsrau auf, daß vor dem Laden ein Mann mit einem Mantel und Hut in der Hand auf der Straße stand, während der Nachbar bei ihr im Laden weilt und um den Zwanzigmarkschein bat. Sie schloßte Verdacht und ließ diesen Mann festnehmen. Unterdessen verschwand der Kunde. Der Festgenommene, der erst der Harmlosen Spielerei wollte, wurde als der Helfershelfer des beschriebenen Schwindlers entlarvt. Er legte sich den Namen eines angesehenen Kaufmanns aus der Choriner Straße in Berlin bei. Die Münchener Kriminalpolizei wandte sich an die hiesige. Als die Beamten in der Choriner Straße erschienen, fanden sie den Kaufmann behaglich an der Mittagsstafel sitzen. Er hatte vor seinem Doppelsänger keine Ahnung. Dieser legte jetzt seinen heißen Namen ab und bekannte, ein 25 Jahre alter Kurt Walter aus Berlin zu sein, der Bruder des 34 Jahre alten Kaufmanns Erich Walter, des „Kachbarn“ mit der Kupferfalle. Dieser selbst verschickte seinen Trick noch einmal in Regensburg, sah aber ein, daß er allein damit nicht recht zustande kam. Bisher hatte ihm der jüngere Bruder reich Manet und Hut überreicht, sobald er den Laden verließ, so daß niemand ihn wiedererkannte, wenn ein Geschäftsmann den Schwindel zu früh gemerkt hatte. Erich Walter kehre vorsehern enttäuscht nach Berlin zurück und wurde hier heute früh in einer Kellermwohnung in der Pergstraße entdeckt. Er entfloß im Hemd, und erregte in diesem letzten Kostüm gleich einen Aufschuß. Als er sah, daß er nicht weit kommen würde, verschickte er, sich in einem Hause zu verstecken, wurde aber von den Beamten bald wiedergefunden und festgenommen.

Wilhelm in Butter.

Ich traute meinen Augen nicht, als ich neulich auf dem Radaufwege, an einer Winterhandlung vorbeigehend, im Schaufenster die Büste Wilhelm's II. seligen Angedenkens in Butter sah. Es handelt sich um eine ehemalige „Postbutterhandlung“ (ja, so herrlich weit hatten wir es schon gebracht), deren Inhaber, wie es scheint, schon „alles in Butter“ sieht. Nun handelt es sich nur darum, daß Wilhelm (sowohl auf die Stulle gekümmert wird, bevor die Butter ranzig wird, was selbst den Reaktionsären und ihrem alles schludenden Anhang den Appetit verderben dürfte.

Kopfaber vom Autobusbed.

Am Donnerstagabend gegen 10½ Uhr geriet vor dem Hause Potsdamer Straße 64 infolge des schlüpfrigen Pflasters ein Autobus der Linie 5 und schlendern und prallte mit den Hinterrädern gegen die linke Vordachwele. Durch den Stoß wurde der 35 Jahre alte Architekt Ernst Groß von dem Oberdeck des Omnibuswagens herabgeschleudert und am Kopfe erheblich verletzt. Man schaffte ihn nach dem Elisabeth-Krankenhaus, wo der Verunglückte die ersten Verbände erhielt. Eine Frau Seckub Remed erlitt blutende Wunden am Kopfe.

Zugverkehr am Heiligabend und Silvester.

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbahndirektion in Berlin verkehren die Züge des Berliner Vorortverkehrs am „Heiligen Abend“, Mittwoch, 21. Dezember, nach dem für die Sonntage bei früherem Schluß der Betriebe vorgesehenen Fahrplan. Am Silvester dagegen wird der gewöhnliche Sonntagsfahrplan durchgeführt. Ueber etwaige Zugvermehrungen am Silvester ist noch nichts bekannt.

Sonntagsdienst am Sonnabend, den 27. Dezember.

Das Postpräsidium teilt mit: Zur Erparnis von Heizkosten ist von dem zuständigen Ministerium der Dienst bei den staatlichen Behörden am Sonnabend, den 27. Dezember wie an Sonntagen geregelt worden. Bei sämtlichen Dienststellen des Postpräsidiums findet daher an diesem Tage nur Sonntagsdienst statt.

Der Ueberfall auf den Kassenbeamten der Stationstafel des Bahnhofs Hermsdorf ist bisher noch nicht aufklärt worden. Die Reichsbahndirektion Berlin hat deshalb eine Belohnung von 1000 Mark für denjenigen ausgesetzt, der einwandfrei den Täter nachzuweisen imstande ist.

Gegen den Polizeiwachmeister Schreiber, den das Schöffengericht Mitte wegen Körperverletzung im Anse zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, ist das erforderliche Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Die Ausübung der Amtsverrichtungen wurde Schreiber bereits im Dezember vorigen Jahres unterlagt.

Eine Volkshochschule für Rundfunk in Leipzig. In allen Räumen der Mitteldeutschen Rundfunk-Gesellschaft in Leipzig fand in Anwesenheit zahlreicher Gäste die Eröffnung der Volkshochschule für Rundfunk statt. Die Schule wird nach dem Organisationsplan des deutschen Rundfunkwesens, Staatssekretär Bredow, den Namen Hans-Bredow-Schule führen.

Mächtigvorstellung am Wedding. Unter diesem Zeichen fanden die vom Beichtjüngendamt Wedding am 17. und 18. Dezember in der „Kathambra“, Seelstraße, Ufer Wäckerstraße, veranstalteten Mächtigabend. Gegeben wurde der geliebte Vater, dessen Heiligkeit allgemein bejubelt wurden. Es ist den Darstellern gelungen, Freude, Lust und Lachen herbeizurufen und das war ja auch der Zweck der Veranstaltung.

Das ist die richtige Weihnachtsfreude!

Meine billigen Sonderangebote in Herren- u. Knabenbekleidung

3 Serien Herren-Ulster Rückengurt und Fallen in schwarz, marengo und farbig Jetzt M. **39.- 49.- 59.- 66.-**

3 Serien Herren-Paletots schwarz und marengo, gute Füllerqualität Jetzt M. **35.- 45.- 62.- 72.-**

3 Serien Herren-Anzüge moderne Streifen und Muster Jetzt M. **42.- 54.- 66.- 75.-**

Rodi-Paletots Jetzt von M. **68.-** an

Kleiner Knaben-Anzüge Jetzt von M. **18.-** an

15 Proz. Rabatt bis zum Fest auf blaue Herren-Anzüge

3 Serien Jünglings-Anzüge flott gearbellet, gestreift Jetzt M. **26.- 29.- 33.- 44.-**

3 Serien Jünglings-Ulster sehr schöne Fassons Jetzt M. **22.- 26.- 32.- 39.-**

Kleidung für besonders korpulente Herren!!

Gestr. Herren-Hosen Jetzt von M. **7.50** an

Knaben-Paletots Jetzt von M. **9.-** an

Haus-Smokings Jetzt von M. **15.-** an

Loden-Mäntel Jetzt von M. **18.-** an

Oranienstr. 166
zweites Haus östlich Oranienplatz

OSWIN KOUTZKY

Oranienstr. 166
zweites Haus östlich Oranienplatz

Sonntag geöffnet von 2-6 Uhr

Wir haben in den letzten Tagen große Posten moderne Damenmäntel **spottbillig** aus dem Markt genommen und kommen diese mit anderen außergewöhnlich preiswerten Gelegenheitsposten heute zum Verkauf. Preise u. Qualitäten werden eine restlose Befriedigung auch bei dem verwöhntesten Käufer auslösen, da wirklich

überragende Vorteile geboten werden

Ein Posten **Wintermäntel** aus soliden, prächtigen Stoffen **6⁹⁵**

Ein Posten **Wintermäntel** aus wollenen Stoffen, engl. Art **11⁷⁵**

Ein Posten **Flauschmäntel** vollgriffige wollene Qualität, einfarbig **14⁷⁵**

Ein Posten **Wintermäntel** mit reichen breiten Pelzkragen, in modern., kariertem Flausch **15⁸⁰**

Ein Posten **Velourmäntel** einfarbig, mit Steppereien **16⁰⁰**

Ein Posten **Eleg. Plüschmäntel** bleiberfarbig, a. effektvoll, seid. Foulard, in gearbeitet **45⁰⁰**

Ein famoser Posten

Velour-de-laine-Mäntel mit Steppereien, halb und ganz gefüttert **33.- 24⁵⁰**

Kleiderröcke gestr. u. kariert, moderne Form **3⁹⁵**

Kasak m. langen Ärmeln, aus seid. Trikot u. Malerei **8⁹⁰**

Halbstores Etamin mit Fries und reich. Volant **4⁹⁰**

Künstl.-Garnit. Etamin, 3 teil. mit Einsatz u. Spitze **6⁷⁵**

Madras-Garnitur 3 teilig mod. Must. **8⁷⁵**

Tischdecken grau Leinen bedr. 130/150 **4⁵⁰**

Schottenröcke plissiert, aus kammgarnart. Stoffen **7⁴⁵**

Prinzebröcke aus seid. Trikot, in tadelloser Konfektion **5⁹⁰**

Teppiche Perser Art, zirka 160/230 **23⁵⁰**

Teppiche Bouclé-Ersatz zirka 200/300 **35⁷⁵**

Tapestry-Teppiche solide Qualität, 160/230 **58⁵⁰**

Bettvorleger Perser Art, zirka 50/100 **2⁹⁰**

Velour-Bettvorlg. waschb. in reiz. Must. 50/100 **5⁹⁰**

Ein Posten **Flausch-Ralines** f. Morgenröcke und Matinees, einf. u. gemustert . . . m **1⁸⁵**

Ein Posten **Eleg. Schotten** reine Wolle, gediegene Qualität, 110 cm breit m **4⁵⁰**

3 Serien **Eleg. Künstler-Decken** Gr. 130/160 **6⁷⁵**

Damen-Strümpfe mit Doppelsohle und Hochverse, moderne Farben **6⁵** Pl.

Damen-Strümpfe Prima Seidenflor **1²⁵**

Damen-Strümpfe Kunstseide, moderne Farben **1⁷⁵**

Cachemir-Strümpfe ged. Qual. **3⁹⁵**

Dam.-Gamaschen gestrickt, alle Gr. durchweg **3⁴⁵**

Kinder-Gamaschen gestrickt, schw. u. farb. Größe 1 2 3 4 5 6
1.25 1.40 1.50 1.70 1.85 2.-

Ein Gelegenheitsposten ca. 1500 eleg. Briefkassetten u. Mappen

3 Serien Kassetten 25/25 Packung, prima Leinwandpapier, Umschlag farbig gefüttert
0.75 0.95 1.20

Ein Posten **Popeline** prima Wolle, in gr. farbigen Sortiment, ca. 105 cm breit m **3⁹⁰**

Ein Posten **Mantelstoffe** schöne, woll. Flausch-Qual. 130 cm breit m **7.75 6.50 5.- 3⁰⁰**

3 Serien **Schlafdecken** kameelhaarfarbig m. Bordüre 10 50 6.75 und **3⁴⁵**

Kunstseid. Schals in modern. Streifen 2.40 und **1⁷⁵**

Eleg. Binder breite offene Form, L.45 und **9⁵** Pl.

Gamaschen prima Tuch mit Ledereinfassung **3⁹⁰**

Eleg. Hosenträger und Socken im Karton **2⁹⁰**

Oberhemd-Ersatz gestr., mit 2 weichen Kragen **2²⁵**

Eleg. Oberhemd mit Pikeefalten-einsatz **5⁷⁵**

3 Serien Mappen 5/5 Packung, Leinwandpapier, Umschlag farbig gefüttert
0.08 0.10 0.15

3 prächtige Serien **Damen-Trikot-Handschuhe** 1.25 0.95 **7⁵** Pl.

Das große Warenhaus des Nordens

Sonntag geöffnet von 2 bis 6 Uhr.



Gebr. Akuen-Gesellschaft

3 Serien **Elegante Strickwesten** für Damen u. Herren 15.50 13.75 **8⁷⁵**

Swinemünder Str. 86, Ecke Lortzingstraße

Straßenbahnen 60, 25, 26, 40, 41, 54, 56, 148, 199
Hochbahn Danziger Str., Ringbahn Gesundbrunnen

Jackett-Anzüge 30, Ulster 35, Damenmäntel 25 M.

Extra-Angebote in Pelzwaren: Kreuzflüchse 10, gebli., Ziegen 15, Sportpütz: 85, Gehpeize 125, Pelzmäntel, Pelzlacken, ferner Teppiche, Wäsche, Gardinen, Schuhe usw. = **enorm billig** im **Leihhaus Moritzplatz 58a** Lombardstraße

Die Plaidoyers in Magdeburg.

Der Zusammenbruch der Verleumdungen.

Nach einer Pause ergriff dann der Reichspräsident des Reichspräsidenten,

Dr. Landsberg

das Wort zu seinem Plaidoyer. Dr. Landsberg betonte zunächst, daß die Anklage gegen ihn nur aus § 185 (formale Verleumdung) hätte erhoben werden dürfen, weil der inkriminierte Artikel nur die subjektive Meinung des Angeklagten, daß Ebert ein Landesverräter sei, enthalte ohne daß dazu bestimmte Tatsachen behauptet wurden. Für diesen Fall wäre es dann außerordentlich zwecklos gewesen, ob der Wahrheitsbeweis zugelassen werden dürfte. Jeder Staatsbürger habe die Pflicht, sich die Beweiserhebungen über irgendein begrenztes Thema gefallen zu lassen, nicht aber, daß die Allgemeinheit einer Behauptung Urlaub dazu gäbe, daß das ganze Leben eines Menschen durchsucht und durchsucht werden würde. Dazu kommt die Tatsache, daß die politischen Dinge, um die es sich hier handelt, sich nicht eindeutig mit Augen und Ohren feststellen lassen, sondern daß vielmehr der Richter in die unangenehme Lage verlegt würde, Deutungen zu treffen, und dabei seine eigene politische Einstellung mitsprechen zu lassen, während er auf der anderen Seite zur höchsten Objektivität verpflichtet sei. Wenn in auswärtigen Zeitungen darüber Glosse gemacht worden seien, daß das Magdeburger Schöffengericht sich anmaßte, Weltgeschichte zu machen, so sei in diesen Blättern die Aufgabe des Gerichts wohl falsch betrachtet worden. Trotzdem der Wahrheitsbeweis hier eigentlich nicht zulässig war, so erklärte der Anwalt, bin ich doch froh, daß er zugelassen worden ist. Wir haben gegen keine Vernehmung eines von der Gegenseite benannten Zeugen, gegen keine Vorbringung eines erheblichen Beweismittels des Angeklagten protestiert. Ein solcher Prozeß war vor zehn bis elf Jahren in Deutschland unmöglich. Es hat sich doch etwas in Deutschland geändert und des bin ich froh. Wir wollen hier allein die entscheidenden Tatsachen sprechen lassen. Meines Erachtens wäre das Bild hier noch klarer geworden, wenn zunächst das Material über die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei und des Reichspräsidenten erörtert und dann erst über den Vorfall verhandelt worden wäre. Als am 4. August 1914 der Krieg ausbrach, gaben die Sozialdemokraten im Reichstag die Erklärung ab: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich.“ Damals konnte man hoffen, daß die Scheidung der Parteien in National- und Nationalisten, in Reichsfeinde und Reichsfeinde für alle Zeiten vorüber sei, daß niemals mehr ein Deutscher an der ehelichen Vaterlandsliebe eines anderen Deutschen Zweifel erheben würde. Es ist anders gekommen, aber wohl ohne Schuld der Partei des Herrn Reichspräsidenten, die ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland während des ganzen furchtbaren Krieges nie vergessen hat. Ein Mann in der Partei, der diese Ziele durchsetzen wollte, und der einen für die Partei ehrenwürdigen Namen trug, ist trotz dieses Namens ausgeschlossen worden. Es hat innere Kämpfe in der Partei gegeben, die Reichstagsfraktion, die Organisation zerfiel, aber trotzdem hat Ebert als Führer der Partei, obgleich er mit der Mäßigkeit rechnen mußte, daß gewaltige Scharen von Anhängern zu der radikalen Richtung übergingen, nicht einen Augenblick in seiner Stellungnahme geschwankt, daß kein Platz im Lager Deutschlands sei, und daß seine Partei sich

für einen ehrenvollen Frieden

einfuhr. Ebert blieb der Turm des Hüfens der Sozialdemokratischen Partei, der sich zur Landesverteidigung befand. Diese Prosa war für ihn der Anknüpfung der Auseinandersetzungen mit der anderen sozialistischen Partei. Unter seiner Führung haben die Sozialdemokraten für das Hilfsdienstgesetz im Interesse der Landesverteidigung gestimmt. Die Garantenversicherung, die Generalkriegsversicherung v. Hindenburg dem Abgeordneten Ebert hat gewährt werden lassen, ist völlig berechtigt. Ebert hat sich im Krieg als der deutsche Mann erwiesen, als den ihn Hindenburg gezeichnet hat und dieser Brief, der den Schreiber, wie den Empfänger. — Als später Prinz Max von Baden den Eintritt der Sozialdemokraten in das Kabinett verlangte, war es wieder Ebert, der im Parteivorstand trotz vorheriger Ablehnung der bisherigen Führer diesen Eintritt durchgesetzt hat. Es geht jetzt der geschmackvolle Spruch des öfteren durch die Presse, daß die Sozialdemokraten sich bei Übernahme eines Amtes an die Futterkrippe gefesselt hätten. Das ist bei Ebert nicht der Fall. Er konnte in das Kabinett des Prinzen Max von Baden eintreten, aber er tat es nicht. Er hat sich mit seiner Haltung kein besonderes Verdienst erworben, er hat nur seine Pflicht als Deutscher erfüllt und deshalb ist für ihn der Vorwurf, daß er pflichtwidrig, unvaterländisch gehandelt habe, eine sehr schwere Verleumdung. Nicht aus tatsächlichen Erwägungen, wie dies hier ein Zeuge behaupten wollte, hat Ebert im Krieg seine Pflicht getan, so wenig wie Ludwig Frank sich aus tatsächlichen Erwägungen freiwillig zur Front gemeldet hat, von der er nicht zurückkehren sollte. Allerdings hat sich Ebert während des ganzen Krieges wie einer Täuschung über die Gefahr hingelassen, in der sich Deutschland trotz aller Erfolge befand. Ebert hat während des ganzen Krieges die Ansicht vertreten, daß kein Land den Einlaß des blauen Blutes lohne, wenn nicht Deutschland selbst. Jeder Soldat sollte die Lieberzeugung haben, daß er keinen Augenblick länger leiden müsse, als es unbedingt nötig war, die Heimat zu schützen.

Eberts Wille war, daß der Übergang vom Obristenstaat zum Volkstaat noch während des Krieges vollzogen werde, und jeder Soldat sollte das Empfinden haben: Du bist ein Stück des Staates selbst, für den du Blut und Leben einsetzt.

Jeder sollte es innerlich fühlen: wenn du nach Hau'e kommst, bist du ein freier Mann. — Es scheint, als wenn die Verleumdung die Absicht hat, den Kampf der Sozialdemokratischen Partei um die

demokratischen Reformen während des Krieges als Landesverrat anzusehen. Ich könnte wohl sagen, daß

diejenigen, die die Reformen während des Krieges verhinderten, das Land verraten haben,

aber ich tue das nicht. — Und nun zu dem Munitionsarbeiterstreik selbst. Auch wenn wir täglich 24 Stunden gearbeitet hätten, so wäre es doch nicht möglich gewesen, das Mißverhältnis in der wirtschaftlichen Leistung zwischen Deutschland und der ganzen Welt auszugleichen. Selbstverständlich gebe ich zu, daß ein Streik in wichtigen Betrieben während des Krieges einen Schaden für das Land bedeutet, wie ich auch keineswegs Herrn Forstner zustimme, der sehr viel weitergehende Folgerungen aus diesem Zustand bezogen hat.

Der Munitionsarbeiterstreik.

Rückwärtslos wurde es beurteilt, daß unsere Brüder an der Front etwa durch den Streik der Munitionsarbeiter dem Trümmerfeld des Gegners wehrlos preisgegeben waren. Auch 1917 noch hat der Parteivorstand zusammen mit der Gewerkschaftskommission einen drohenden Munitionsarbeiterstreik verhindert



Führen Sie uns bitte nur die allerchwersten Jungen vor, Herr Inspektor. Wir brauchen noch Zeugen.

kommen. Man muß sich die Lage im Jahre 1918 vergegenwärtigen; man muß bedenken, daß

die Arbeiter damals 12 bis 13 Stunden arbeiteten, daß sie dabei hungerten und litten, wie das ehrsame Schieberium schwoelge.

Mußte das nicht die Massen zur Verzweiflung treiben? Nun endlich war die russische Revolution als Gottesgeschick da, und sie wurde nach Ansicht der Arbeiterschaft von kessenden deutschen Staatsmännern nicht ausgetrieben zur Herbeiführung eines schnellen, gerechten Friedens. In Österreich haben die Munitionsarbeiter bewogen gestreikt, aber sie haben

die Arbeit sofort wieder aufgenommen, als die Regierung erklärte, daß sie zu Friedensverhandlungen bereit sei.

So konnte Ebert im Interesse des Friedensklusses sehr wohl im Hauptauschuß erklären, daß die Sozialdemokratie diesem Vorgehen der österreichischen Arbeiter sympathisch gegenüber stehe. Ebert hat behauptet, er sei mit dem festen Willen in die Streikleitung eingetreten, die Bewegung schnellstens zu beenden. Die Aktion war, wie feststeht, von den revolutionären Obleuten in aller Heimlichkeit vorbereitet. Die sozialdemokratischen Arbeiter wurden von nichts vorher unterrichtet; denn die Ziele dieser Drahtzieher gingen so dahin, an die Stelle der Gewerkschaften die revolutionären Obleute zu setzen. Das ist der letzte und eigentliche Grund des Streiks gewesen.

Ich bin durchaus überzeugt, daß die Müller, Wolfhahn und Konsorten Deutschland durch den Streik nicht wehrlos machen wollten. Aber in ihren Köpfen — darin sind sie miserable Wahnsinnigen — malten sich die Dinge so aus, daß durch das Vorbild Deutschlands die Weltrevolution entzündet werden könnte, und diese Leute, die die Stimmung der Massen ganz genau kannten, waren sich darüber vollkommen klar, daß die verzweifelt hungernden Massen die Streikparole begeistert aufnehmen würden. Die Müller, Wolfhahn usw. wollten mit Bewußtsein die Massen auf die Straße bringen, weil sie ebenso genau wußten, daß streikende Arbeiter stets das Bestreben haben auf die Straße zu gehen. Wenn es nun zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam, in denen die Staatsmacht unterlag, so lag das durchaus in der Absicht der Müller und Genossen. Dann konnten sie ihre letzten Ziele sofort verwirklichen. Unterlagen jedoch die Arbeiter, so blieben die Massen zu weiteren Aktionen stets bereit. Die Gefahr für den Staat lag damals nicht in dem Streik selber, sondern in der Verwirklichung der revolutionären Gedanken der revolutionären Obleute. So ist damals die revolutionäre Saat ausgesät. Mit Recht sagte hier der Kapitän Miermann, daß die paar Tage Arbeitsausfall während des Krieges nicht das Schlimmste gewesen seien, sondern daß der Funke unter der Asche weiterglühete, daß die Arbeitslust der Arbeiter vernichtet war. Die sozialdemokratischen Führer wurden von dem Streikausbruch über-

rasiert. Wie sollten sie es wissen, wenn selbst der Polizeiminister Drews am 26. Januar noch nicht an den Streik glaubte, obwohl ihm alle Hilfsmittel des Nachrichtendienstes zur Verfügung standen. Ebert lehnte es, wie alle Zeugen hier glaubhaft ausgesagt haben, ab, die Suppe auszulöffeln, die andere sich eingebracht hatten. Oder glauben Sie wirklich, daß die sozialdemokratischen Führer sich gern in Gemeinschaft mit Leuten begeben haben, die ihre schärfsten Gegner waren, die die Sozialdemokratie verunglimpften, wenn nicht die eigenen Parteigenossen die Führer dazu gedrängt hätten? Und man war auch auf dem radikalen Flügel der Streikleitung sich darüber vollkommen klar, daß man es bei dem Eintritt von Ebert, Schweidemann und Bauer keineswegs mit Bundesverrat zu tun hatte, sondern mit Leuten, die nur das Bestreben hatten, den Konflikt künstlich zu beizulegen. Man kann doch wohl nicht von Landesverrat reden, wenn Männer, die die ungeheure Gefahr der Lage für die Heimat erkannt hatten, nur in die Nähe der Leute sich begaben, die bereit waren, jederzeit den Funken ins Pulverfaß zu werfen. Man muß nicht Sozialdemokrat sein, um die Zweckmäßigkeit dieser Haltung der Parteileitung zu erkennen, wie es z. B. ein bayerischer Minister tat, der im Bayerischen Landtag den Sozialdemokraten öffentlich seinen Dank aussprach für ihre Bemühungen um schnelle Beilegung des Streiks.

Dr. Landsberg schilderte dann ausführlich die Rolle der sozialdemokratischen Führer in der Streikleitung selbst. Nach Richard Müllers Willen sollte der Streik in eine Revolution ausmünden. Man stellte neben anderen Forderungen vor allem die nach Amnestierung für alle politischen Vergehen auf, um der Regierung die Pistole auf die Brust zu legen und um jede Verhandlung von vornherein unmöglich und aussichtslos zu machen. Die Sozialdemokratie hat sofort eine Abänderung der bekanntesten sieben Forderungen der radikalen Streikleitung verlangt, es wurde ihr aber abgelehnt. Herr Wallraf hätte besser getan, die Abordnung der streikenden Arbeiter zu empfangen, um die sich ein so erfahrener oder Gewerkschaftsführer wie Herr Giesberts vergeblich bemüht hat. Hätte er die Arbeiter empfangen, so würde er sicher auf die Müller und Konsorten keinen Eindruck gemacht haben, aber

er hätte den Männern geholfen, die in der Streikleitung mit allen Kräften bemüht waren, den notwendigen Wirtschaftsrieden wiederherzustellen.

Er lehnte es ab, und so war der Korren restlos festgefahren. Der Eintritt der Sozialdemokratischen Parteileitung in die Streikleitung war nötig, denn man mußte in dieser Gesellschaft unüberlebter Menschen auspuffen und bremsen, um das Schlimmste zu verhüten. Aber die Männer, die sich dieser unheimlichen Aufgabe unterzogen, verdienen nicht, daß man ihnen heute aus ihrer Haltung einen Strich zu ziehen versucht. Nun wird man Eberthmann vor, er habe im Reichstag kein Einverständnis mit dem „Vorwärts“-Artikel über den Streik öffentlich erklärt und darauf konstruiert man auch einen Vorwurf indirekt auch gegen Ebert. Diese Haltung Eberts war jedoch nichts als ein nobilit officium der Partei, sich vor den Chefredakteur des Blattes zu stellen, gegen den damals eine Anklage wegen des Artikels schwebte. Männer, die sich auf ihre nationale Gesinnung besonders viel einbilden und die glauben, daß in keiner anderen Partei die richtige nationale Gesinnung herrsche, haben sie sich dazu hergelassen, eine Beleidigungskampagne gegen den Reichspräsidenten einzuleiten und mitzumachen. Ich bin überzeugt, daß es

in dieser Partei auch viele Männer gibt, die den Feldzug mißbilligen und die es ablehnen, in so bubenhafter Weise gegen den Repräsentanten des deutschen Volkes vorzugehen. Aber ich habe es bisher nicht erlebt, daß der Vorstand der Deutschnationalen Partei von den Verleumdern öffentlich abdrückt.

Die Versammlung im Treptower Park.

Nun zu der Versammlung im Treptower Park. Die Würde des Zeugen Ebert verleiht mir zu untersuchen, ob er glaubwürdiger ist als ein Syrig oder Gohert. Es ist geradezu ein Wahnsinn, wollte man behaupten oder annehmen, daß Ebert, der zwei Söhne an der Front verloren hat, vor Jünglingsorden öffentlich aufgefordert habe, den Stellungsbescheid keine Folge zu leisten. Der beste Verteidiger des Reichspräsidenten ist der Zeuge Lehmann, der einzige, der in ausführlicher Weise die Rede Eberts wiederzugeben imstande war. Ebert hat damals seine ganze Autorität eingesetzt, um den Streikenden klarzumachen, wie gefährlich und verwerflich für die Front und für die Heimat ein Streik sei. Diese Rede ist eine Tat im wahren Sinne des Wortes gewesen. Sie zeigt eine Charakterstärke, auf die der Mann, den zu verteidigen ich die Ehre habe, stolz sein kann. Er suchte nicht nur dem Munitionsarbeiterstreik, sondern der Streikbewegung überhaupt während des Krieges den Boden zu entziehen.

Aber Ebert hätte für alle Zeiten ausgespielt, wenn er nicht nach der Tat, den Streik zu mißbilligen, etwas gesagt hätte, was den Arbeitern angenehm klang. Ich habe die Ehre gehabt, in schwersten Zeiten der deutschen Geschichte an der Seite des Mannes zu stehen, der heute vor Gericht um seine Ehre kämpfen muß, des Mannes, den damals keine Versicherungsgesellschaft aufgenommen hätte, dessen Leben täglich und stündlich auf das schwerste bedroht war.

Wenn dieser Mann, der sich heute gegen den Vorwurf des Landesverrats, des schwersten Vorwurfs, der einen Deutschen treffen kann, zu wehren hat, ein Landesverräter gewesen ist, so wünsche ich, wir hätten in Deutschland einige Zehntausende solcher Landesverräter. Im alten Athen schickte man Männer, die sich um das Vaterland verdient gemacht hatten, in die Verbannung. Ich hoffe, daß in Deutschland kein Platz ist für den

Offizismus.

Nach der Mittagspause ergriff der erste Verteidiger des Angeklagten Rathard

Rechtsanwalt Bindewald-Magdeburg

Das Wort. Der Verteidiger ging zunächst auf die Frage der formalen Verteidigung ein, die er verneinte. Die Bezeichnung „Ebert“ und die Bemerkung mit der Babehofe sei zwar, wie zugegeben werden müsse ungeschicklich und unpassend, aber keine strafbare Äußerung. Es handele sich auch nur um die Frage, ob eine Beleidigung nach § 186 (alte Nachrede) vorliege. Die Beleidigung würde sich damit abfinden, wenn das Gericht in dem Urteil des Angeklagten tatsächlich einen Vorwurf des Landesverrats erblickte. Der Verteidiger verbreitete sich dann des längeren über den Begriffs des Landesverrats, um dann auf den Munitionsarbeiterstreik selbst einzugehen, der, wie er betonte, der deutschen Kriegsmacht unmittelbaren Nachteil zugefügt habe. Wer einen solchen Streik anstiftet, der begehe Landesverrat, das gleiche gelte von dem, der irgend etwas tue, was zur Stärkung dieses Streiks dienen könne. Dr. Bindewald ging dann näher auf die Vorgeschichte und Entwicklung des Munitionsarbeiterstreiks ein und verlas einige Flugblätter und Beschlüsse der Streikleitung, wobei er darauf hinwies, daß

Ebert mitverantwortlich

sei für das Flugblatt des Aktionsausschusses, das nach Ablehnung von Verhandlungen durch die Regierung zum Weiterausdauern im Streik aufforderte. Ebert selbst habe sich, wie aus Zeugenaussagen hervorgehe, niemals gegen den Streik ausgesprochen und der Sozialdemokratische Parteitag in Weimar im Jahre 1919 (!) habe ausdrücklich festgestellt, daß der Eintritt der Sozialdemokratie in die Streikbewegung eine Stärkung des Streiks und eine Ermüdung der Streikenden bedeute habe.

Daß der Reichspräsident, wie er als Zeuge bekundet habe, in Treptow zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt habe, sei nicht selbstverständlich sei es

sehr schwer, zu ermitteln,

was in Treptow damals alles gesprochen worden sei. In der Frage des Verhaltens gegenüber Bestimmungsbefehlen hätten sich aber zwei voneinander völlig unabhängige Zeugen, Syrig und Gohert, gemeldet, deren Aussagen sich vollkommen decken und aus denen hervorgehe, daß es sich bei dem Abgeordneten Ebert damals

tatsächlich um die Begehung eines Landesverrats gehandelt habe.

Es sei das Bestreben der Sozialdemokratie gewesen, sich wieder Geltung zu verschaffen, und man sei auch vor dem Mittel des Streiks nicht zurückgeschreckt. Trotz des ungeheuren Schadens für die Kriegsmacht habe die Sozialdemokratie gemeinsame Sache mit den Radikalen gemacht und erst durch das Einwirken der Sozialdemokratie habe der Streik überhaupt eine Bedeutung bekommen. Der Streik sollte ein vernichtender Schlag für die Regierung sein, wie Ebert in seinem Abschiedsbrief an Scheidemann geschrieben hat. Man ließ, da man die Zeit für gekommen hielt (!), die Unabhängigen vorangehen und folgte ihnen dann im Streik nach. Ich bin der Ansicht, so schloß der Verteidiger, daß das Gericht nicht der Meinung sein kann, die von dem Angeklagten behaupteten Tatsachen seien nicht erwiesen und bitte deshalb um Freisprechung.

Rechtsanwalt Dr. Martin

erklärte, der Angeklagte müsse freigesprochen werden, denn die Wahrheit dessen, was er gegenüber dem Nebenkläger behauptete, sei voll erbracht.

Wenn dieser Fall, so erklärte R.-A. Dr. Martin, vor dem Reichsgericht verhandelt worden wäre, so hätte der Untersuchungsrichter alle staatlichen Mittel gehabt, um die Wahrheit an den Tag zu bringen. Der Verteidiger schilderte dann nochmals ausführlich die politische und wirtschaftliche Lage im Januar 1918, und er kam zu dem Schluß, daß die Kunde von dem Rüstungsarbeiterstreik lähmend auf die deutsche Front und umgekehrt anschoßend für die Gegner Deutschlands gerichtet haben müsse. Angesichts gerade dieser Tatsache ist die Rede des Nebenklägers Ebert im Hauptauschuß des Reichstages, in der er den streikenden österreichischen Munitionsarbeitern seine volle Sympathie ausdrückt, vollkommen unverständlich, denn diese Erklärung mußte die Landesverteidigung Deutschlands und Oesterreichs schwer schädigen, selbst wenn man annehmen wollte, daß die Sitzungen des Hauptauschusses vertraulich waren; aber der „Vorwärts“ hat trotzdem diese Erklärungen des Herrn Ebert veröffentlicht, und Herr Scheidemann hat sogar im Hauptauschuß erklärt, daß die Lage in Deutschland dieselbe wie in Oesterreich sei. Er hat erklärt, man möge das „Vorwärts“-Verbot aufheben und nicht erst die Arbeitererschaft zwingen, durch andere Mittel dieses Unrecht wieder gutzumachen. Das sei keine Warnung an die Regierung gewesen, sondern eine unverhüllte Drohung. Man kann darüber nur erstaunt sein, daß hier in die'm Prozeß erklärt worden ist, die Sozialdemokratie sei durch den Streik überrascht worden. Denn das Beispiel Oesterreichs war die erste Warnung, und dann beweiten die in-jahres erschienenen Flugblätter der radikalen Obleute unerschüttert an, was unmittelbar bevorstand. Der Parteivorstand der SPD. könne also nicht überrascht gewesen sein. Belanglos ist der Eintritt der Sozialdemokratie in den Streik selber nicht gewesen, denn bis zum Jahre 1919 hat die Partei den Namen Mehrheitssozialdemokratie doch nicht zu Unrecht geführt. — R.-A. Dr. Martin kam dann ebenfalls ausführlich auf die Tätigkeit des Reichspräsidenten in der Streikleitung zu sprechen. Wenn auch in dem Aktionskomitee der Streikenden durch das Eingreifen der Mehrheitssozialisten zwei wichtige Punkte der sieben Forderungen ungeschieden worden seien, sei doch der Rest noch ungeheuerlich gewesen und könne nicht verteidigt werden. Der Zeuge Müller hat hier gesagt, ihm sei es sehr recht gewesen, daß die Sozialdemokraten 1918 das mitmachen, was sie 1916 als Landesverrat ablehnten. Auch das Flugblatt der Streikleitung, das zu Massenmeetings auf den Straßen aufforderte und das im höchsten Grade aufreizend war, hat der Nebenkläger mit unersetzlicher und hat es gebilligt. Ich verstehe nicht, wie man angesichts dieser Tatsache behaupten kann, dieses Verhalten des Nebenklägers sei nicht Hochverrat gewesen.

Im übrigen werde sich das, was sich in der Treptower Verammlung zugetragen habe, heute nur noch schwer feststellen lassen. An der subjektiven Richtigkeit der Aussagen Syrigs und Goherts hinsichtlich der Frage der Bestimmungsbefehle sei wohl nicht zu zweifeln (!).

ob sie auch objektiv wahr seien, müsse der Entscheidung des Gerichts überlassen bleiben.

Auf diese Frage komme es aber überhaupt nicht so sehr an, da ohne diesen Punkt die anderen Feststellungen für den Nachweis des Landesverrats bereits genügen. Als dann der Verteidiger sich eingehend mit der Aussage des als Zeugen vernommenen Redakteurs Lenhoff beschäftigte und darauf hinwies, daß dieser ein Freund des Sohnes des Reichspräsidenten sei, unterbrach R.-A. Heine diese Ausführungen mit der Bemerkung, daß davon bisher mit keinem Wort in der Verhandlung die Rede gewesen sei. Die Aussage des Zeugen Lenhoff führte der Verteidiger dafür an, daß der Abgeordnete Ebert damals tatsächlich der Versammlung zugerufen habe: „Halte ruhig aus, eure Arbeitsbrüder in den anderen Städten stehen fest zu euch!“ Mit solchen Worten könne ein Mensch nicht operieren, der einen Streik abmürgen wolle. Außerdem sei von dem Zeugen Lenhoff auch die Ueberreichung des Zeithefts, an die der Nebenkläger sich nicht mehr erinnern könne, einwandfrei bestätigt. Zum zweiten Male wurde der Verteidiger dann unterbrochen, diesmal vom Vorsitzenden, als er englische Zeitungsausschnitte aus dem Jahre Anfang 1918 verlesen wollte, aus denen der Jubel der Entente über den deutschen Munitionsarbeiterstreik hervorgehen soll. Der Vorsitzende bezeichnete eine Verlesung als unzulässig, da diese englischen Zeitungsausschnitte nicht Gegenstand der Verhandlung gewesen seien.

R.-A. Dr. Martin (fortfahrend): Ich stelle fest, daß die Sozialdemokratische Partei in anderen Fällen sich wohl gegen Streiks im Kriege erklärt hat, daß das hier 1918 aber leider nicht der Fall gewesen ist. Zum ersten Male wurde im Januar 1918 dem Auslande klar gemacht, daß die SPD. nicht mehr gewillt sei, den Gedanken an Deutschlands Sieg allen anderen Ideen voranzustellen.

Diese Einstellung der SPD. entspricht dem Marxismus. . .

Vors. (unterbrechend): Herr Rechtsanwalt, ich glaube, das geht zu weit.

R.-A. Dr. Martin: Ich bin schon fertig. Was die SPD. gemeint hat, das geht aus den Grundfäden des Marxismus hervor, aber auch aus den Worten Scheidemanns am 9. November: „Das Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt.“ Es war ein Sieg über die Ordnung im Innern, dem auf der anderen Seite der Siegesjubel der Feinde über den Zusammenbruch Deutschlands gegenüberstand.

Im Anschluß an diese Ausführungen des Verteidigers stellte der Vorsitzende fest, daß das Gericht auch unter Umständen bei dem Angeklagten nicht nur eine einheitliche Handlung, sondern zwei selbständige Handlungen annehmen könne.

Nach einer kurzen Pause ergriff dann Staatsanwaltschaftsrat Dr. Dojmann das Wort zur Replik. Er betonte nochmals, daß entgegen den Ausführungen der Verteidigung zweifellos eine formale Beleidigung vorliege und daß auch das Vergehen des Angeklagten als eine einheitliche Handlung aufzufassen sei. Auch er gab der Meinung Ausdruck, daß die objektive Wahrheit über den Verlauf der Treptower Versammlung nach sieben Jahren sich schwerlich ermitteln lassen werde. Diese Verammlung schiede nach keiner Ansicht überhaupt für die Frage der Fährbarkeit des Wahrheitsbeweises aus. Der Angeklagte habe zu beweisen, daß der damalige Abgeordnete Ebert der deutschen Kriegsmacht vorzüglich Nachteile zugefügt habe. Daß der Munitionsarbeiterstreik der Kriegsmacht Nachteile gebracht habe, könne nicht in Zweifel gezogen werden. Über

die Beurteilung der Handlungsmotive Eberts müsse von seinem Standpunkt aus erfolgen, da es sich ja darum handele, ob er den Vorbehalt gehabt habe.

Vom Standpunkt des deutschen Reichspräsidenten aber war der Eintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Bewegung, um sie zum Stillstand zu bringen,

als Landesverrat, nicht als Landesverrat

zu betrachten.

Gegen 1/2 Uhr abends wurde dann die Verhandlung auf Sonnabend 9 1/2 Uhr vertagt. Es wird dann zunächst nach der zweiten Rechtsbestand des Reichspräsidenten, R.-A. Heine, zu Worte kommen, worauf dann die beiden Verteidiger des Angeklagten sprechen werden. Das Urteil ist aber, wie bereits gesagt, auf keinen Fall vor Anfang der kommenden Woche zu erwarten, wahrscheinlich erst am Dienstag, da bei dem Umfang der Materie das Gericht geraume Zeit zur Beratung brauchen wird.

Aus der Partei.

Die österreichische Sozialdemokratie und die Agrarfrage.

Der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie hat gemäß dem auf dem Salzburger Parteitag gefassten Beschluß eine agrarpolitische Kommission eingesetzt. Diese Kommission hat sich am 13. Dezember konstituiert und zu ihrem Obmann Genossen Otto Bauer gewählt. Die Kommission hat beschloffen:

1. Siebzehn Referate über die wichtigsten Einzelfragen der Agrarpolitik durch sachkundige Personen ausarbeiten zu lassen. Diese Referate sollen die Ansichten innerhalb der Partei über die einzelnen Probleme der Agrarpolitik klären, die in der Landogitation tätigen Genossen mit den notwendigen geistigen Waffen ausrüsten und die Ausarbeitung eines Agrarprogramms vorbereiten;
2. die Referate, soweit sie dazu geeignet sein werden, im Rahmen einer agrarsozialistischen Bücherei in Druck legen zu lassen und herauszugeben;
3. ein literarisches Komitee einzusetzen, das diese Arbeiten zu leiten hat;
4. die Ausarbeitung eines Agrarprogramms zu verlagern, bis durch die Veröffentlichung der Referate die notwendigen Vorarbeiten dafür geleistet sein werden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind bitte an das Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, 1. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

- 18. Kreis Weiskopf. Sonntag, den 21. Dezember, vorm., Besichtigung der Pumphausen Hohenschönhausen, Pumphausen-Gelände und Gärten, die Interessierte dafür haben, sind hiermit eingeladen. Treffpunkt vormittags 10 Uhr Pumphausen Hohenschönhausen.
- Heute, Sonnabend, den 20. Dezember:
- 20. Abt. Der gesellige Abend findet nicht Montag, sondern heute, Sonnabend, 7 Uhr, bei Wende, Kolonnenstr. 147, statt. Gäste willkommen.
- 24. Abt. 3. Gruppe: 6 Uhr Flugblattverbreitung vom Schwanenbühlchen, Greifswalder Str. 606, aus.
- 28. Abt. Flugblätter sind beim Genossen Buch abzuholen.
- 45. Abt. Die Gruppenführer holen heute Flugblätter bei Vertsch ab. Ab 8 Uhr Flugblattverbreitung bei Blinnia, Studenberg, Schefstr. und Sommer. Um 10 1/2 Uhr nehmen die Bezirksleiter die Weihnachtsfeier beim Genossen Raman ab.
- 46. Abt. Die Flugblattverbreitung findet nach dem zu den Wahlen aufgestellten Verteilungsplan statt. Die Genossen holen die für ihre Häuser im Bezirk kommenden Flugblätter am Sonnabend von 6 Uhr ab oder Sonntag von 9 Uhr an bei Eickholz, Curstr. 25.
- 71. Abt. Wilmersdorf. Heute von 6 bis 7 Uhr Flugblätter bei Jenas abholen. Die Bezirksleiter übernehmen die Verteilung in ihren Bezirken.
- 85. Abt. Tempelhof. Die angebotene Weihnachtsfeier muß leider fortfallen, somit auch die Widervorstellung.
- 93. Abt. Neukölln. Ab 5 Uhr Flugblätter abholen bei Weller, Berghofstr. 12. — 71. Bezirk: Flugblattverbreitung Sonntag 10 Uhr von Berger, Treptower Str. 28. — 84. Bezirk: Vormittags 10 Uhr von Rißmann, Böhmische Str. 7.
- 104. Abt. Niederischneweide. Heute 6 Uhr von Solal Thiele, Berliner Straße 38, aus Flugblattverbreitung. Sonntag, den 21. Dezember, nachmittags 5 Uhr Weihnachtsfeier, verbunden mit Besichtigung der Kinder unter 14 Jahren, im Restaurant Schmidt, Berliner, Ecke Ruhower Straße.
- 128.130. Abt. Fontane. Die Gruppenführer müssen das Flugblattmaterial nachmittags von 5-6 Uhr in der Vorwärts-Exhibition Rißmann, Mühlentstraße, in Empfang nehmen. — Sonntag Flugblattverbreitung um 9 Uhr von den bekannten Lokalen aus.

Sonntag, den 21. Dezember: Flugblattverbreitung in Groß-Berlin.

- 1. Abt. Form. 9 Uhr bei Ohngemach, Stammwägenstraße 58.
- 2. Abt. Prenzlau 9 Uhr Flugblattverbreitung von Richter, Engländer Str. aus.
- 3. Abt. Form. 9 Uhr bei Widdert Neue Friedrichstraße 106.
- 4. Abt. Nachmittags 4 Uhr im Reichshof, Neue Albinstr. 2, Weihnachtsfeier mit Kinderbesichtigung. Um 6 Uhr Dannerweide, Feldrede und gemeinsames Besinnen unter Mitwirkung des Erlangererins „Einigkeit“ Berlin Mitte. Die Genossen anderer Abteilungen des 1. Kreises sind eingeladen. — Vormittags 9 Uhr bei Weich, Kienstr. 29, Flugblattverbreitung.
- 7. Abt. Vormittags 9 Uhr Treffpunkt sämtlicher Genossen in ihren Wohnbezirken.
- 8. Abt. 9 Uhr Flugblattverbreitung. 8a. Abt.: Adret, Steinmühl. 36: 8b. Abt.: Rener, Kienstr. 7.
- 9. Abt. Treffpunkt zur Flugblattverbreitung vormittags 9 Uhr bei Böder, Bölsinger Str. 34.
- 11. Abt. Weihnachtsfeier bei Berger, Senckenb., Ecke Joganstraße. Die Genossen werden gebeten, die Kinder um 5 Uhr zur Feier zu schicken. Die ältesten Genossen sind zu 6 Uhr eingeladen.
- 12. Abt. Vormittags 9 Uhr bei Schmidt, Wilschtr. 17.
- 13. Abt. Flugblattverbreitung vormittags 9 Uhr von der Formaris-Exhibition Mühlentwägenstraße.
- 14. Abt. 6 1/2 Uhr bei Richter, Kollwitzstr. 54.
- 15. Abt. 6 1/2 Uhr Flugblattverbreitung von der Wohnung des Genossen Fenzig, Solinger Str. 2, 2 Tr.
- 16. Abt. 9 1/2 Uhr Flugblattverbreitung von den Schloßbleichen Laube und Rembrandtstr.
- 25. Abt. 9 Uhr bei Witt, Ankerstr. 4, Flugblattverbreitung. Besetzte Bauer die Ecke vormittags 9 Uhr bei Ecker, Gethenstr. 8.
- 27. Abt. 7 Uhr Weihnachtsfeier in den Wille-Geländen, Wilschtr.
- 32. Abt. 9 Uhr Flugblattverbreitung von Reamparbi, Ordner Weg 49, und Valentin, Kollwitz, 28, aus.
- 33. Abt. Flugblattverbreitung 9 Uhr von folgenden Lokalen aus: Bolck, Bremerstr. 8; Boegner, Stralauer Allee 11; Hoffmann, Stralauer Allee, Ecke Wilschtr. 10; Senferts der Bahn von Rieck, Simon-Dach-Str. 24.
- 34. Abt. 9 Uhr bei Rein, Gubener Str. 19, und Wille, Wilschtr. 17. Die Genossen werden gebeten, „Kinderland“ und den Übrigkeitler vom Genossen Rahn abzuholen.
- 35. Abt. Die Kinder, die bei der Weihnachtsfeier mitwirken, treffen sich Sonntag, den 21. Dezember, vorm. 11 Uhr in Schmidt's Geschäftsraum, Wilschtr.
- 38. Abt. Alle Genossen und Genossinnen treffen sich um 1/2 10 Uhr sämtlich im Reichshof zur Flugblattverbreitung. Die Bezirksleiter holen am Sonnabend abends 8 1/2 Uhr Material an den bekannten Stellen ab.
- 41. Abt. 1/2 10 Uhr allgemeine Flugblattverbreitung von folgenden Lokalen aus: Simon, Wilschtr. 10; Schuler, Chemikerstr. 4; Zupp, Stammwägenstr. 58; Wende, Greifswalder Str. 606.
- 43. Abt. Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Die Bezirksleiter werden gebeten, Sonntag 9 1/2 Uhr (heute) zwischen 5 und 6 Uhr das Material bei W. M. Schellerstr. abzuholen.
- 47. Abt. Heute, 8 Uhr Weihnachtsfeier unter Mitwirkung der Arbeiterjugend, Knollentisch gemeinsames Besinnen unter Mitwirkung der Arbeiterjugend, Knollentisch. — 32. Abt. 9 Uhr bei Wabe, Kollwitz-Kausthof-Allee 22. — 55. Abt. 8. und 9. Gruppe 9 Uhr bei der Reimer, Wilmersdorfer Straße 11; 10. Gruppe bei Fahn, Schölerstr. 4. — 57. Abt. Flugblattverbreitung von 9 Uhr ab bei Wirt, Kollwitz, 11.
- 76. Abt. Schöneberg. 9 Uhr von folgenden Lokalen Flugblattverbreitung: Wandtsche Behnstr. 9; Rißmann, Wilschtr. 8; Rieck, Wilschtr., Ecke Wilschtr.-Gubener-Str.; Wilschtr. 66.
- 81. Abt. Friedenau. Treffpunkt für die Funktionäre und Helfer zur Flugblattverbreitung vormittags 10 Uhr bei Rubbed, Odenwälder Str. 26, Wilschtr. 1, 2 Tr.
- 82. Abt. Wilmersdorf. 9 Uhr von den bekannten Lokalen aus in Ost und West Flugblattverbreitung.
- 84. Abt. Rantitz. 9 Uhr Flugblattverbreitung bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. Die Bezirksleiter müssen sich erfinden.
- 94. Abt. Neukölln. 9 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen. Die Bezirksleiter holen die Flugblätter von Günther, Schloßpromenade 11, vormittags 8 1/2 Uhr ab.
- 101. Abt. Treptow. Ab 9 Uhr vorm. Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus: 1. Bezirk bei Sieben, Schölerstr. 1; 2. Bezirk bei Gollis, Kollwitzstr. 19; 3. Bezirk bei Dettinger, Riechstr. 33/34; 4. Bezirk bei Schmidt, Gubener Str. 110; 5. Bezirk bei Krausmann, Am Treptower Park 67. Die Bezirksleiter holen Material am Sonnabend, nachm. 5 Uhr, von der Exhibition Greifswalder Str. 606 ab.
- 111. Abt. Reinshof. Die Mitglieder treffen sich vormittags 1/2 10 Uhr bei Reimann, Wilschtr. 11, zur Flugblattverbreitung.
- 116. Abt. 9 Uhr bei Schwarzer, Schöler-Str. 17, Flugblattverbreitung. 117. Abt. Vormittags 9 Uhr bei Adler, Eberleinstr. 33, und Rieck, Gubener-Str. 11, Treffpunkt.
- 125. Abt. Form. 9 Uhr bei Ritz, Wilschtr. 11, Treffpunkt zur Flugblattverbreitung.
- 141. Abt. Reinshof. 10 Uhr Lokal Feisch, Niederstr. 5, Flugblattverbreitung.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das neue Haus für Herren- und Knaben-Kleidung Owin Kautz, Oranienstraße 166, am Oranienplatz, bringt während der ersten Saison seines Bestehens zur Einkehrung feinsten billigen Knaben- in Herren-Wintermänteln, Herren- und Knaben-Häutchen und Knaben-Kleidung heraus. Weltbekannte Auszubereitete dieser sämtlichen Kaufmannsberufe empfiehlt sich daher anbeiligt. Weihnachtsferien und Weihnachtsferien. An den Weihnachtsferien gehört die Frau, wie man bei den letzten Winterferien auch und Weihnachtsferien herhalten soll. Es bietet sich hier aber ein vorzügliches Ausgehen durch Verwendung der neuen Feinstmattens. „Edwin im Hausband“, welche sich gerade für Hochzeiten, Befehrsreisen, Reisen und sonstige Weihnachtsfeierlichkeiten eignen mit ihr ebenso gut wie mit Putz.

Kaiser's Fest-Kaffee

zu 3,60, 4,00, 4,40, 4,80 das Pfund.



Zum Weihnachtsfest reichste Auswahl in: Kakao / Schokoladen / Pralinen / Keks und Biscuits / In bester Qualität billigst aus eigenen Fabriken

Kaiser's Kaffee-Geschäft

Filialen in allen Stadtteilen Groß-Berlins

Ihr Weihnachtskuchen



Wird vorzüglich geraten, wenn Sie zu seiner Herstellung die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ verwenden. Gerade für feine Backwaren hat sie sich trotz ihres billigen Preises glänzend bewährt; sie besitzt ein köstliches Aroma, bräunt vorzüglich und ist sparsam im Verbrauch.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.



Schwan im Blauband

frisch gekirnt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbig illustrierte Familienblatt, die „Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.

Gesundheits-Geld-Lotterie

für die Angehörigen von Rhein und Ruhr.
Ziehung 15., 16. u. 17. Januar 1925
12836 Gewinne im Gesamtbetrag von RM.

Hauptgewinne:
300 000
75 000
50 000
25 000
10 000

Lose zu M. 3.30 Paris u. Gewinn 30 Pfennig extra.

10 Lose einschließlich Porto und Gewinnliste 33 M.

Zu haben bei allen staatlichen Lotterien-Einschreibern, und durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Lud. Müller & Co.
Berlin C 19, Jerusalem Str. 18.

Postcheckkonto 19 420

2 Mark

wöchentliche Teilzahlung
eleg. Herren-Garderobe
fertig und nach Maß
nur Qualitätsware
in großer Auswahl
Garantie für tadelloser Sitz und Verarbeitung

Hauschneider J. Kurzberg
Oranienstraße 160, I und Chausseestraße 1, I
Eingang Elssasser Straße

Achtung, entzückendes Weihnachtsgeschenk!
11 Aluminium-Kochtöpfe nur M. 12 franko
(Vorkasse oder Nachnahme)

Metallindustrie H. Seuthe Hoffhausen
Firma besteht ca. 25 Jahre u. hat über 3000 qm Fabrikräume — Lieferung sofort. — Inserat einsenden.
Postcheckkonto: Frankfurt/M. 90 496

Sonntag geöffnet von 2 bis 6 Uhr

Peek & Cloppenburg

G. m. b. H.

BERLIN C, Gertraudenstr. 25-26-27

Preiswerte Jünglingsanzüge

in bekannt sorgfältiger Verarbeitung

15485 grün meliert Cheviot, Brustweite 82 cm M. **38.-**

15507 dunkelgrau Cheviot, Brustweite 82 cm M. **46.-**

15534 mittelgrau Cheviot, mit bunten Streifen, Brustweite 82 cm M. **48.-**

15484 braunmeliert Home-spun, Brustweite 82 cm M. **50.-**

Jünglings-Winter-Mäntel
marengo Cheviot, schwere Qualität
71.- M. 74.-

SPORT-STIEFEL

Schokoladen - Großhandlung

Alfred Strecker, Straßauer Straße 32, Am Molkenmarkt, bietet große Auswahl in Marken wie Sarotti, Kant, Mauxion, Trumpluse sowie Weihnachtsartikel Häusel und Gretel usw. Au. Erdem Kakao, Bonbons, Kognakbohnen, Stangen usw.

2% Rabatt

Grundungs-Babes
50 Jahre
Spezialität
Conrad Müller

Damen-Decken & Teppiche

Größte Auswahl, nur bestes Material, feste Preiswerte, fast man brecht ab Häusert

Bernhard Strohmandel,
Waldstraße 72
Untergrund-Güterstraße
Reparaturen jed. Art

Witzschburger Platz 2, Upland 2604, **Hilfen:** Spittelmarkt, 100, Gröbelle, Postplatz 1002.
(Sonntags von 2-6 geöffnet)

500 000

Notizblocks

und Stenogrammbücher
gut schreibfähiges Papier
1-Kilo-Päckchen gemischt 1 Mk.
5-Kilo-Postpaket gemischt 3 Mk.
portofrei bei Vorausz. d. Betrages
Bei Nachnahme Spesenbuchung
Größen 8x12 cm (Kleinstblock),
12x16 cm, 18x24 cm, je 20 Blatt
Stenogrammbücher 16x24 cm

K. Max Straus,
Leipzig-Pl., Zschoschstraße 54
Postcheckkonto 29 716

Besonders vorteilhafte Angebote

Verkauf nur soweit Vorrat

Mengenabgabe vorbehalten

Pelzwaren

Maulwurfvisonnet 390⁰⁰
-Mäntel

Zobelinemäntel 590⁰⁰
Neuch-Macharien

Maulwurf-Mäntel 975⁰⁰
echt, chic ausgestattet

Bisammäntel 1675⁰⁰
echt, in den spärtesten Ausführungen...

Nutriamäntel 1750⁰⁰
echt, in vorzüglicher Qualität

Persianer-Mäntel 1950⁰⁰
hochbegabte Ausstattung

Zobelfüchse vollhaarig 4900	Wölfe Prachtexemplare 15000	Ziegenfüchse weiß, schwarz, grau und braun 2750
Wintermäntel 9 ⁷⁵ 19 ⁷⁵ 23 ⁵⁰ aus vorzüglichen warmen Stoffen	Wintermäntel 29 ⁵⁰ 49 ⁰⁰ 69 ⁰⁰ aus guten einfarbigen Stoffen, mit reicher Pelzgarnitur	Kleiderröcke 3 ⁹⁰ 5 ⁹⁰ 6 ⁹⁰ in guten Stoffen

Blusen

Hemdbluse 2⁹⁰
aus gutem baumwollenen Flanell, in schönen Streifen

Kasak 4⁹⁰
aus kunstseidenem Trikot, in grosser Farbenswahl

Kasak 14⁵⁰
aus gutem kunstseidenem Trikot, mit bunter Bordüre und langen Ärmeln

Kasak 19⁵⁰
guter, kunstseidener Trikot, breite bunte Bordüre, lange Ärmel, viele Farben, ca. 10 cm

Unterkleid 5⁹⁰
Trikot, in grossen Farbensortimenten

Kasak 16⁵⁰
guter Velvet, in wunderschönen orient. Dessins, mit Handtaschengarnitur und langen Ärmeln

Unsere Häuser sind Sonntag von 2-6 geöffnet

HERMANN TIETZ

Wirtschaft

Günstige Entwicklung der Reichseinnahmen.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht die Uebersicht über die Einnahmen des Reiches aus Steuern, Zöllen und Abgaben. Wir geben die Entwicklung durch folgende Aufstellung wieder, in der wir die Einnahmen im Monat November 1924 den tatsächlichen Einnahmen in der Zeit vom 1. April bis 30. November 1924 und dem Vorausschlag im Entwurf des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1924 gegenüberstellen. Danach betragen die Einnahmen:

Table with 3 columns: Name of tax/fee, 1924 actual, 1924 forecast. Rows include: Gesamteinnahmen (672,058 vs 5,243,747), Fortdauernde Steuern (521,000 vs 4,108,000), Einmalige Steuern (8,745 vs 86,000), Verpfändete Zölle und Verbrauchssteuern (129,695 vs 1,017,000), and various other taxes like Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, etc.

Bei den verpfändeten, also bei denjenigen Zöllen und Verbrauchssteuern, die speziell den Reparationszahlungen als Sicherheit zur Verfügung stehen, erbrachten in laufendem Reichsmark die Zölle 80,165, Verbrauchssteuern 43,825, Biersteuer 14,821, Zuckerversteuer 22,834, and Branntweinmonopol 18,517.

Table showing tax revenue in 1924 compared to 1923 forecast. Rows include: Lohnabzug (119,751 vs 82,074), Steuerabzug vom Kapitalertrag (88 vs 7,898), and Andere Einkommensteuer (74,467 vs 577,000).

Wir sehen, daß in acht Monaten des laufenden Steuerjahres an nähernd den Vorausschlag erreicht haben. Die günstige Entwicklung bietet die Möglichkeit, Steuererleichterungen einzutreten zu lassen. Besondere ist eine Reform im Finanzministerium bereits in Vorbereitung. Dabei muß reichlich überlegt werden, welche Steuern in erster Linie in Frage kommen.

Table showing general turnover tax (Umsatzsteuer) in 1924 compared to 1923 forecast. Rows include: Allgemeine Umsatzsteuer (158,154 vs 1,218,518) and Zugsteuer (11,857 vs 74,187).

Die tatsächlichen Einnahmen kommen dem Vorausschlag ziemlich nahe. Sie zeigen die Auffassung breiter Kreise der Wirtschaft, die auch im Reichsfinanzministerium Echo gefunden hat, möglichst schnell eine weitere tiefere Herabsetzung der Umsatzsteuer vorzunehmen. Die Reform des Lohnabzugs und der Kapitalertragsteuer sollte vom Finanzministerium ohne besondere Bedingungen und Voraussetzungen eingeleitet werden, da sie durch das Steuerkommen durchaus gerechtfertigt sind.

Reichsverband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe.

Am 16. und 17. Dezember hielt der Reichsverband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe in Berlin eine Vertretertagung ab. In den Beratungen nahmen mehrere Reichs- und Landesverbände teil, um sich über die Forderungen zu informieren, mit denen der Reichsverband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe in dieser entscheidenden Zeit an die Parlamente herantreten wird.

Von den zur Verhandlung stehenden Gegenständen: Steuerwesen, Pachtzins, Schutzfragen, Steuerfragen, Kreditbeschaffung, was von entscheidender Bedeutung die zukünftige Gestaltung des Pachtzinses, die eine der ersten Arbeiten des Reichstages sein wird. Am Gegenstand der Bestrebungen des Landbundes und der Verpfänderverbände bezieht der Reichsverband den Standpunkt, daß zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Sicherung derjenigen Erzeugnisse, die ganz oder zum Teil auf Pachtland angewiesen sind, ein im Gesetz fest verankerter dauernder Schutz gegen wucherliche Pachtzinspreise und unbillige Entgelte des Landes geschaffen werden muß.

Bei den Beratungen über die Zollfrage ergab sich, daß sämtliche Vertreter einmütig die Schutzvorsorge der Reichs-

regierung ablehnten, weil sie einen starren Dauerschutz vor sieht, der nach verhältnismäßig kurzer Zeit durch Steigerung des Bodenpreises seine Wirkung verliert. Anerkannt wurde jedoch die Notwendigkeit, der Regierung die Vollmacht zu geben, nach gezielten in großen Zügen festgelegten Grundzügen jederzeit die nötigen Maßnahmen treffen zu können, die zur Sicherung der Volksernährung und zum Schutze der einheimischen landwirtschaftlichen Produktion notwendig sind.

Entscheidende Ablehnung erfuhr auch der Besetzungswurf über die Umwandlung der Rentenbank. Insbesondere wurde auf das Schärfste verurteilt, daß die Generalversammlung und der Verwaltungsrat der zukünftigen Rentenbankkreditanstalt sich nur aus Vertretern der alten landwirtschaftlichen Organisationen und Genossenschaftsverbände zusammensetzen soll, während die Organisationen, die in erster Linie Klein- und mittelbäuerliche Interessen wahren, ausgeschlossen bleiben. Desgleichen wurde Kritik geübt an der Geschäftsordnung der zukünftigen Rentenbankkreditanstalt, die durch die Art der Kreditverteilung sämtliche landwirtschaftlichen Genossenschaften unter den Einfluß der Preussische Erbschaften m. B. Gerade die Klein- und mittelbäuerliche Landwirtschaft legt allergrößten Wert darauf, daß auch die Girozentrale bei der Verteilung landwirtschaftlicher Kredite in entsprechendem Maße berücksichtigt wird, damit von ihr aus nicht nur die mit ihr zusammenarbeitenden landwirtschaftlichen Genossenschaften, sondern auch die Sparkassen versorgt werden können.

Durch die planmäßige und erfolgreiche Arbeit für die Klein- und mittelbäuerlichen Schichten hat sich der Reichsverband des Vertrauens der landlichen Bevölkerung in solchen Maße erworben, daß auch in Zukunft ein festes Anwachsen der Mitgliederzahl, die heute schon weit über 100,000 beträgt, mit Bestimmtheit zu erwarten ist.

Banken-Generalversammlungen.

Interessant waren bei den Generalversammlungen der beiden Großbanken die Ausführungen, die von der Verwaltung über die Entwicklung im laufenden Geschäftsjahre gemacht wurden. Sowie Direktor Wassermann von der Deutschen Bank als auch Dr. Salomonsohn von der Diskontogesellschaft erklärten, daß sich die Wirtschaft in einem Stadium der Besserung befindet und daß sich dieses in einem vergrößerten Umsatz bei den Banken auswirkt. Direktor Wassermann wies darauf hin, daß die Bankbedingungen immer noch eine sehr erhebliche Belastung für die Wirtschaft darstellen, daß der bisher erfolgte Umbau noch nicht weit genug ginge, daß aber bei dem vorliegenden Darlehenbesitz des Effekten- und Emissionsgeschäftes die Erträge der Banken aus dem Kontokorrentgeschäft herausgeholt werden müßten. Direktor Salomonsohn erklärte, daß die Depositen mehr als das Doppelte von dem betragen als am 1. Januar 1924, daß ihre Zusammenziehung aber eine erhebliche andere sei als vor dem Kriege. Vor dem Kriege waren es in der Hauptsache langfristige Depositionen, die zur Bank gebracht wurden, heute handelt es sich um Gelder der Kommunen und öffentlichen Anstalten, die jederzeit wieder abgehoben werden können. Aus den Ausführungen von Direktor Wassermann ist dann noch hervorzuheben, daß sich bei der Deutschen Bank die Kreditoren verdoppelt hätten; die Hälfte bestünde aber aus fremder Valuta, ein Zeichen, daß wir vorerst noch bei der Inbetriebsetzung unserer Wirtschaft auf ausländische Kredite angewiesen sind und daß in weiteren Kreisen des deutschen Volkes die Ueberzeugung von der Stabilisierung noch nicht festen Fuß gefaßt hat. Beide Direktoren sind allerdings der Ansicht, daß dieses Vertrauen gegen die Stabilität unserer Währung vollkommen unbegründet sei. Man könne jetzt wieder ohne Befürchtung der Entwertung sparen. Diese Ueberzeugung von der Stabilität unserer Währung ist — nach Ausführungen des Direktors Salomonsohn — durch die neueste Bank- und Währungsregelung gegeben, die einen Mißbrauch des Noteninstitutes durch den Staat, wie er während des Krieges und in der Inflation erfolgte, ausschließt. Auch die Aussicht der Entente verhindert, daß das Noteninstitut übermäßig für die Zwecke des Staates in Anspruch genommen wird. Beide Redner

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Table listing prices for various food items like Gerstengrauen, Weizenmehl, Butter, etc. Columns include item name, price per unit, and other details.

betrachten die Kontingentierung des Kredits bei der Reichsbank als der fortschreitenden Wirtschaftsentwicklung sehr hinderlich. Die Deutsche Bank z. B. hat heute nur 5 1/2 Millionen Mark Bankkapital, während sie, um die an sie heranreichenden Bedürfnisse befriedigen zu können, 100 bis 150 Millionen Mark Bankkredit benötigt. Herr Direktor Salomonsohn hält allerdings trotz der ungünstigen Wirkungen der Kontingentierung auf die Wirtschaft diese Kontingentierung für sehr heilsam. Notwendig zur Erzielung einer Restabilität ist nach Ansicht beider Redner der Abbau der Unkosten. Bei der Deutschen Bank hat er sehr erhebliche Fortschritte gemacht, doch ist augenblicklich die äußerste Grenze erreicht; es sei denn, daß durch eine Reform der Steuergebung und nach Beendigung der Geldumstellungen viele Beamte, die gerade mit dieser unproduktiven Arbeiten beschäftigt waren, in Fortfall kommen können. Direktor Salomonsohn glaubte zu dieser Frage noch darauf hinweisen zu müssen, daß an den augenblicklich bestehenden Arbeitsverhältnissen auf keinen Fall gerüttelt werden dürfe. Es müsse mehr gearbeitet und mehr produziert werden. Bei der Deutschen Bank wurde die Fusion mit der Württembergischen Vereinsbank beschlossen. Bei beiden Banken wurde die vorgeschlagene Umstellung (bei der Deutschen Bank 10:1, bei der Diskontogesellschaft 6 1/2:1) genehmigt.

Großhandelspreise. Die auf den Stichtag des 17. Dezember berechnete Großhandelsindexzahl des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 10. Dezember (129,6) um 2,5 v. H. auf 132,9 gestiegen. Höher liegen vor allem die Preise für Getreide, Fleisch, Butter, Schmalz, ferner für Ochsenhäute, Kalbfelle, Baumwolle, Baumwollgarne, für die meisten Nichteisenmetalle und ihre Halbwaren sowie für Gas und Wolfram. Gesunken sind die Preise für Zucker und Lute. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel von 124,9 auf 129,7 oder um 3,8 v. H., die Industriestoffe von 138,3 auf 139,0 oder um 0,5 v. H.

Die Reichsindexzahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) für Mittwoch, den 17. Dezember, hat sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes gegenüber der Vormoode um 0,2 v. H. auf 122,6 erhöht.

U. G. für Zellstoff- und Papierfabrikation, Wschaffenburg. Die Wschaffenburg Zellstoff- und Papierfabrik (König) mit ihrer Goldbilanz gut, aber nicht so gut ab, wie sie es nach ihrer innerlich beträchtlichen Substanzvermehrung sicher erwartet hat. Auch im Vorjahr ihrer Aktien kommt das zum Ausdruck; nach 38 Goldprozent im Herbst notieren sie heute 24 Proz. Immerhin kommen sie nach der Zusammenlegung des 48 Millionen Papiermark als auf 12 Millionen Goldmark anmähend auf den Parfüß. Der Wschaffenburg Zellstoff- und Papierkonzern umfaßt heute durch Voll- oder Majoritätsbesitz fünf Zellstoffabriken in Wschaffenburg, Stadthaus, Wollm, Redensfeld und Remel und vier Papierfabriken in Wschaffenburg, Dären, Redensfeld und Miesbach. Die Werke beschäftigen 3000 Angestellte und Arbeiter. Seit dem Kriege wurden die Werke technisch stark vervollkommen und dem erweiterten Werks- und Betriebsbedarf 400 Hektar Wald hinzugefügt. Für 1923 betrug die Produktion an Dividende noch 5 Rentenmark auf 1000 M. Papierkapital, das sind 20 SR. auf 1000 M., oder 2 Proz. Aus Ab 1. Juli 1923 sind auch, und zwar rückwirkend, die Ausschüttungsquoten von 500 M. jährlich auf 1250 M. vierteljährlich erhöht worden. Das geschah in der Zeit des Ruhrkriegs, in der nach dem Geschäftsbericht von 1923 die Unternehmung wegen der Stilllegung ihrer beiden Rheinlandwerke in Wollm und Dären schwere Sorgen hatte. Anlauf zu Klagen hat der Wschaffenburg Zellstoffkonzern um so weniger, als er im Kriege und in der Inflation und Stabilisierungsperiode immer auf die gute Seite der Konjunktur fiel und auch in der Zukunft um eine Dividende nicht befordert zu sein braucht. In den Rohstoffen und Betriebsmaterialien, besonders in den Holzarten, stehen heute feste Preise. In seinen Obligationen hat der Konzern mehr als eine Goldmillion rein verdient.

Chemische Fabrik von E. Schering, Berlin. Das Schering-Unternehmen hat im Krieg seine Tochtergesellschaften in Russland und England verloren, in die es viele Millionen investiert hatte. Die die ganze chemische Industrie, steht aber auch die Schering A. G. glänzender als je da. Das alte Berliner Werk ist ausgebaut, so viel nur das beschränkte Grundstück hergeben konnte, das Charlottenburger Werk ist stark erweitert, das Werk in Eberswalde vollständig neu errichtet, ebenso die Fabrikationsniederlassung in Hamburg und die Filiale in Wien. Die Arbeiter- und Angestelltenzahl ist gegen die Vorkriegszeit fast verdoppelt. Eine starke Beteiligung an der Rheinischen Kampffabrik G. m. b. H. ist seit 1921, die Hälfte der Reichs- und Dresden (Trennplatten) seit 1923 in ihrem Besitz. Der Grundstücks- und Immobilienbesitz, darunter Wohnhäuser und günstig gelegene unbenutzte Industrieflächen, ist um rund 100 Hektar auf 107 Hektar erweitert. 1923 hat sich Schering mit dem noch härter bereicherten Oberlooskonzern in der Form einer vorläufig 30jährigen Interessengemeinschaft fusioniert. Bei der starken vertikalen Durchgliederung des Oberlooskonzerns bedeutet diese Fusion eine außerordentlich günstige Ausdehnungschance für die Scheringwerke. — In der fast nur auf Stichworte beschränkten Goldbilanz kommt die Entwicklung der Scheringwerke laum zum Ausdruck. Das Aktienkapital ist von 8 Millionen 1914 auf insgesamt 15,7 Millionen erhöht (11,5 Millionen Aktien- und 4,2 Millionen dividendendirektige Genussscheine). Die Hypotheken auf dem Häuserbesitz betragen nur noch 135,000 M. In den Aktienposten Fabrikanlagen, Vorräte, Beteiligungen und Effekten stehen große stille Reserven.

Advertisement for 'Lebewohl' (Lebewohl) featuring a cartoon character and text: 'Wenn Sie wüßten wie sicher und bequem Sie Ihre Hühneraugen und Hornhaut durch „Lebewohl“ los werden, würden Sie sich nicht erst mit minderwertigen Mitteln herumärgern. „Lebewohl“ wirkt durch Filzring sofort schmerzlindernd. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf. — Seit 20 Jahren bewährt. — In Drogerien und Apotheken zu haben. Verlangen Sie ausdrücklich Lebewohl mit Filzring!

Large advertisement for Juhl cigarettes. Features the Juhl logo, 'SEIT 1869', and 'PAUL JUHL TABAKINDUSTRIE-GESELLSCHAFT / BERLIN-PANKOW'. Text includes: 'Weihnachts-Sonderverkauf zu rücksichtslos herabgesetzten Preisen!', 'Das Herrengeschenk für den Weihnachtstisch', and 'Juhl-Zigarren sind in über 1200 Zigarren-Oeschäften erhältlich!'.

